

BUDGETBERICHT

INHALTSÜBERSICHT

1. Rechtliche Grundlagen

2. Ausgangssituation bei der Erstellung des Budgetberichtes

- 2.1. Allgemeine Wirtschaftslage 2010 – wirtschaftliche Kennzahlen
- 2.2. Die Wirtschaft des Landes Kärnten im Jahresverlauf
- 2.3. Bisheriger Verlauf des Budgetjahres 2010 (1. Quartal 2010 mit Prognose 2010)

3. Rahmenbedingungen für das Jahr 2011

- 3.1. Erwartete Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das Jahr 2011
- 3.2. Rechtliche Rahmenbedingungen für das Haushaltsjahr 2011
 - 3.2.1. Finanzausgleichsgesetz 2008 (FAG 2008)
 - 3.2.2. Krankenanstaltenfinanzierung – Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens
 - 3.2.3. Steuerreform 2009 und sonstige steuerreformatoren Maßnahmen des Bundes mit Auswirkungen auf die Länder
 - 3.2.4. Österreichischer Stabilitätspakt 2008

4. Finanzielle Auswirkungen der außerbudgetären Finanzierungsvorhaben

- 4.1. Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds
- 4.2. Landeskrankenanstalten-Betriebsgesellschaft (KABEG)
- 4.3. Kärntner Regionalfonds
- 4.4. Kärntner Wasserwirtschaftsfonds
- 4.5. Leasingfinanzierungen
- 4.6. Forderungseinlösemodell gem. § 1422 ABGB im Straßenbau

5. Vergleichende Betrachtungsweise zwischen dem Budgetprogramm 2011 und dem Landesvoranschlag 2011

BUDGETBERICHT

1. RECHTLICHE GRUNDLAGEN

Kärntner Landesverfassungsgesetz:

Gemäß Artikel 61 Absatz 3 der Kärntner Landesverfassung, LGBl.Nr. 85/1996 idgF, hat die Landesregierung dem Landtag zugleich mit dem Entwurf des Landesvoranschlages einen Bericht über die Lage, die Rahmenbedingungen und die Entwicklung des Landeshaushaltes sowie die außerbudgetären Finanzierungsvorhaben (Budgetbericht) vorzulegen. Der Budgetbericht hat insbesondere über die Erfüllung des Budgetprogrammes Aufschluss zu geben.

In Artikel 61 Absatz 4 der Kärntner Landesverfassung ist weiters vorgesehen, dass der Budgetbericht erstmals in jenem Finanzjahr vorzulegen ist, das dem Jahr der Beschlussfassung folgt.

2. AUSGANGSSITUATION BEI DER ERSTELLUNG DES BUDGETBERICHTES

2.1. Allgemeine Wirtschaftslage 2010 – wirtschaftliche Kennzahlen

Seit Mitte 2009 erholt sich die Weltwirtschaft überraschend schnell von der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Belebung wird von der expansiven Geld- und Fiskalpolitik getragen und fällt vor allem in Südostasien recht kräftig aus. Neben Asien sieht die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) auch die USA und Deutschland als Wachstumstreiber. Die Lage auf den Finanzmärkten ist aber nach wie vor labil. Im Jahr 2010 werden gem. der Prognose des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung der Welthandel real um voraussichtlich + 10% und das weltweite BIP um +3,3% expandieren.

Die Wirtschaft der Europäischen Union hinkt diesem Aufschwung nach, da die Binnennachfrage träge bleibt und in vielen Ländern die Wirkungen der Immobilien- und Finanzmarktkrise anhalten. Die Konjunkturunterschiede innerhalb der Euro-Raum weiten sich aus: Während das BIP in einer Ländergruppe um Deutschland und Frankreich im Jahr 2010 real um etwa 1,5% zunehmen wird, geht es in den südeuropäischen Ländern, vor allem in Griechenland, weiter zurück. Im Durchschnitt expandiert die Wirtschaftsleistung im Euro-Raum um nur +1%.

Die österreichische Wirtschaft ist 2009 real um -3,6% gesunken, d. s. um 0,5% weniger stark als im Durchschnitt des Euro-Raumes. Für 2010 gehen die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihren Prognosen von einer realen BIP-Zunahme für 2010 von +1,3% (nominell gem. IHS: +2,4%) aus. In Österreich reagierten zunächst wie für den Konjunkturaufschwung typisch Güterexport und Sachgütererzeugung auf die internationale Erholung. Die wieder angesprungenen Exporte und damit die produzierenden Industrien sind somit

der Motor der konjunkturellen Erholung. Tatsächlich ist die Erholung der österreichischen Wirtschaft seit dem Ende der globalen Wirtschaftskrise schneller als angenommen vorangekommen. Hinsichtlich der Industrie lässt sich gem. Österreichischer Nationalbank anhand der aktuellen harten Daten (Industrieproduktion, Umsatz, Auftragseingänge, Beschäftigung) die wieder wachstumstragende Rolle dieses Sektors erkennen. Gem. den Ergebnissen des WIFO Konjunkturtests sollte sich die Erholung des III. und IV. Quartals 2009 im 1. Halbjahr 2010 fortsetzen – die Unternehmen beobachten eine langsame Verbesserung der Auftragsbestände und beurteilen die Produktionserwartungen von Monat zu Monat günstiger.

Gem. WIFO würde erst die Übertragung der Export- und Industriekonjunktur auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen die Konjunktur in einen Aufschwung überführen. Aufgrund der ausgeprägten Vorsicht nach der tiefen Rezession, der Unsicherheit über die Wirtschaftsentwicklung und der anhaltend niedrigen Auslastung der Kapazität der Unternehmen zeichnet sich vorerst kein Übergang von der Export- zur Investitionskonjunktur ab und die geringe Kapazitätsauslastung wird das Wachstum der Unternehmensinvestitionen 2010 voraussichtlich dauerhaft dämpfen. Das WIFO erwartet für 2010 daher einen Rückgang von – 1,4% bei den Bruttoinvestitionen bzw. von - 1,9% bei den Bruttoanlageinvestitionen und -1% bei den Bauinvestitionen. Die Ausrüstungsinvestitionen schwanken im Konjunkturzyklus besonders stark und erst gegen Ende des Jahres könnten die Vorzieheffekte vor dem Auslaufen der steuerlichen Investitionsbegünstigungen wirksam werden. Daher erwartet das WIFO einen neuerlichen Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen von -3%.

Die Binnennachfrage wird 2010 gem. OECD-Maiprognose stark von den fiskalischen Impulsen der Jahre 2008 – 2009 und einem akkomodierenden geldpolitischen Kurs getragen.

Die OECD prognostiziert in ihrer Maiprognose, dass die die Erholung der Wirtschaft aufgrund der weltweiten Nachfragebelebung in erster Linie von der Auslandsnachfrage bzw. den Exporten getragen wird. Die Auslandsnachfrage und die in letzter Zeit erfolgte Wechselkursabwertungen werden den Exporten voraussichtlich Impulse verleihen. Die Warenexporte dürften heuer real um +5% (WIFO) steigen, erreichen aber nicht das Niveau des Jahres 2008. Getragen von der Exportbelebung expandiert die Wertschöpfung in der Sachgütererzeugung heuer um +4,2%.

Die Warenimporte werden voraussichtlich wesentlich schwächer zunehmen als der Export. Zwar stärkt eine Ausweitung der Ausfuhr auch die Einfuhr, doch die mäßige Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern und insbesondere die anhaltende Flaute der Ausrüstungsinvestitionen dämpfen das Importwachstum. Es dürfte 2010 real nur +2,5% betragen. Zwar steigen heuer wegen der Rohstoffverteuerung die Preise im Import rascher als im Export, doch sollte das Handelsbilanzdefizit 2010 zurückgehen.

Da die Konsumnachfrage der privaten Haushalte während der Rezession die Konjunktur stabilisierte, gehen die Wirtschaftsforschungsinstitute für 2010 von einer Zunahme von +0,7% aus. Die Prognose unterstellt dabei, dass sich vor

dem Hintergrund der mäßigen Einkommensdynamik die Tendenz einer steigenden Sparquote nicht fortsetzt und diese 2010 um -0,2% fällt.

Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise hatte eine Zunahme der Zahl der arbeitslosen Personen zur Folge. Zwar sorgte die Stabilisierung der Konjunktur in den letzten Monaten für eine vorsichtige Trendwende in der Beschäftigungsentwicklung und eine Abflachung der Zunahme der Arbeitslosigkeit, doch die Konjunkturerholung bleibt insgesamt zu verhalten, um einen Rückgang der Arbeitslosigkeit zu gewährleisten. Für 2010 wird eine Stabilisierung der Beschäftigung erwartet, im Jahresdurchschnitt dürfte diese aber gem. IHS um -0,3% zurückgehen. Das WIFO erwartet für heuer eine Arbeitslosenquote nach nat. Definition von 7,4% bzw. von 5,2% nach Eurostat Definition.

Die großen Notenbanken versorgen die Geschäftsbanken großzügig mit Liquidität und halten das kurzfristige Zinsniveau niedrig. So wird gem. IHS-Prognose der 3-Monats-Euribor 2010 im Durchschnitt 1% (2009: 1,2%) betragen, während der langfristige Zinssatz von 3,9% im Jahr 2009 auf 3,8% im Jahr 2010 sinken wird.

2.2. Die Wirtschaft des Landes Kärnten im Jahresverlauf 2010

Lt. der vom IHS zur Verfügung gestellten Daten (Maiprognose) beträgt die nominelle Bruttowertschöpfung in Kärnten 2008 16,205 Mrd., 2009 €15,906 Mrd. und wird 2010 voraussichtlich 16,258 Mrd. betragen. Die prozentuelle Entwicklung des BIP Kärntens beträgt somit 2009 – 1,8% und wird 2010 voraussichtlich +2,2% zum Vorjahr betragen.

Kärntner Arbeitsmarkt:

Kärnten zeigt sich überproportional von den Auswirkungen der Krise betroffen:

Im Quartalsvergleich (1.Quartal 2010 vs. 1. Quartal 2009) bleibt die Beschäftigungsentwicklung in Kärnten (-0,8%) wie auch in Gesamtösterreich (-0,3%) negativ. Nach Branchen zeigt sich vor allem der produzierende Bereich mit -6,6% im 1. Quartal 2010 in Kärnten stärker betroffen. Eine deutliche Erholung war im Dienstleistungssektor mit +1,3% zu beobachten.

Hinsichtlich der geschlechterspezifischen Entwicklung zeigt sich, dass die Entwicklung der Zahl der unselbständigen Männer mit -2,4% in Kärnten im 1. Quartal 2010 weiterhin negativ war, während die Zahl der unselbständig beschäftigten Frauen mit +0,9% leicht im Wachsen begriffen war. Im April 2010 betrug der Beschäftigungsrückgang in Kärnten -0,1% (Österreich: Wachstum von +0,3%), wobei vom Beschäftigungsrückgang wiederum ausschließlich Männer betroffen waren (-0,6%) und Frauen ein Plus von +0,4% erzielten.

Die Arbeitslosigkeit betrug im 1. Quartal 2010 in Kärnten 12% (Österreich: 8,3%) und im Mai 2010 7,4% (Österreich: 6,3%). Die Arbeitslosigkeit ist im Mai

gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um -7,9% zurückgegangen (Österreich: -5,3%). Die Arbeitslosenquote ist im Mai gegenüber dem Vorjahreszeitraum um absolut -0,6 Prozentpunkte zurückgegangen (Österreich: -0,4 Prozentpunkte).

Vom Rückgang der Arbeitslosigkeit konnten vor allem Männer profitieren (-13,2%), während es bei den Frauen gegenüber dem Vorjahr nur zu einer Verringerung um -1,1% kam. Zur Reduktion bei den Vormerkungen im Mai kam es bei den Männern in den Berufsbereichen Metall/Elektro, Hilfsberufe, sowie bei den Technikern und im Büro, während nennenswerte Zugänge zuletzt im Fremdenverkehr verzeichnet werden konnten. Bei den vorgemerkten arbeitslosen Frauen kam es zu Abnahmen bei den Hilfsberufen und im Bereich Holz, welche durch Zugänge in den Bereichen Gesundheit und Fremdenverkehr größtenteils ausgeglichen wurden.

Bei den offenen Stellen konnte im Mai 2010 eine Zunahme des Angebotes im Bereich der Hilfsberufe, Reinigung, Technik- und Bauberufen sowie im Metall/Elektrobereich erzielt werden. Abnahmen gibt es vor allem im Fremdenverkehr und bei den Büroberufen.

Die Jugendarbeitslosigkeit konnte im Mai um -16% gegenüber dem Vorjahreszeitraum gesenkt werden (Österreich: -10,7%), während es bei den älteren Arbeitslosen zu einer Steigerung der Arbeitslosigkeit von +2,7% (Österreich: +1,7%) kam.

Insgesamt waren im Mai 2010 3.566 Personen in Schulungsmaßnahmen, das ist eine Steigerung von +46% gegenüber dem Vorjahr (Österreich: +21,8%).

Sachgüterproduktion (Jänner 2010):

Seit dem Herbst des Jahres 2008 stand die Sachgüterproduktion im Banne der Wirtschaftskrise. Durch die global wirksamen konjunkturellen Einbrüche blieb vor allem die Außennachfrage nach industriellen Produkten weit unter dem Niveau früherer Jahre, gleichzeitig konnte auch der schwache Inlandsbedarf keine Impulse setzen. Allerdings besserte sich die Situation in der zweiten Jahreshälfte 2009 doch merklich, die zuvor zweistelligen Abnahmewerte der Produktion tendierten bis zum Jahresende gegen Null. Deutete schon das Ergebnis des Dezembers mit -0,3 % das Ende der Krise in der Sachgüterproduktion an, so konnte das Jännerergebnis erstmals nach 16 Monaten rückläufiger Produktionsentwicklung die Trendumkehr einläuten.

Bei einem Punktestand des Index der Produktion von 87,8 (Jahresdurchschnitt 2005 = 100) wurde die Vorjahresbilanz mit einem Plus von 18,0 % deutlich übertroffen (Österreich: -2,3 %). Die Produktionsdaten nahezu in allen wichtigen Verwendungskategorien wiesen bei diesem Ergebnis nach oben. Bei den Vorleistungen (+35,0 %), den Investitionsgütern (+26,0 %), der Energie (+22,0 %) und den langlebigen Konsumgütern (+10,4 %) lagen deutliche Zunahmewerte vor. Lediglich in der Sparte der kurzlebigen Konsumgüter (-16,6 %) wurde das Vorjahresniveau unterschritten. Ohne die

witterungsabhängige Energieproduktion wäre das Ergebnis mit + 17,5 % klar positiv ausgefallen. Positiv für die Zukunft stimmt vor allem der Umstand, dass gerade bei den Vorleistungen und bei den Investitionsgütern die größten Steigerungen erzielt worden sind, was ganz allgemein als typisch für die Phase eines beginnenden Aufschwunges gewertet werden kann.

Aus den vier Hauptwirtschaftsbereichen ist erkennbar, dass die Bereiche „Sachgütererzeugung“ (+ 22,9 %), „Energie- und Wasserversorgung“ (+ 22,0 %) sowie „Bergbau, Steine- und Erdengewinnung“ (+ 10,8 %) ihre Produktion deutlich ausweiten konnten. Einzig die Sparte des „Bauwesens“ (- 11,0 %) blieb hinter dem Vorjahresergebnis zurück und zählt nach wie vor zu den Sorgenkindern.

Innerhalb der einzelnen Wirtschaftsklassen (NACE 2-Steller) konnten in den Sparten „Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen“ (+ 54,9 %), „Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen“ (+ 53,2 %), „Maschinenbau“ (+ 49,6 %), „Herstellung von elektrischen Ausrüstungen“ (+ 47,1 %), „Herstellung von Papier und Pappe“ (+ 32,0 %), „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (+ 28,6 %) sowie „Energieversorgung“ (+ 22,7 %) bemerkenswerte Produktionssteigerungen erzielt werden, während in den Sparten Herstellung von sonstigen Waren“ (-70,3 %), „Tiefbau“ (- 45,1 %), „Herstellung von Textilien“ (- 38,4 %), „Herstellung von Möbeln“ (- 22,0 %) sowie „Hochbau“ (- 19,8 %) empfindliche Produktionsrückgänge zu verzeichnen waren.

Wirtschaftsforscher betonen, dass die aufstrebende Konjunktur derzeit noch auf etwas unsicheren Beinen stehe, jedoch sollten die positiven Produktionszahlen im laufenden Jahr über weite Strecken erhalten bleiben.

Bauwirtschaft: (Jänner 2010):

Die Bauwirtschaft Kärntens machte im Jahre 2009 eine krisenhafte Entwicklung durch und war neben der Produktion der am meisten von der Konjunkturlaute betroffene Wirtschaftszweig. In den einzelnen Monaten lagen fast durchwegs zweistellige Abnahmewerte der Bauproduktion vor. Das Dezember Ergebnis mit einem unerwartet hohen Zuwachs von +29,9% lies Hoffnung auf eine Trendwende aufkommen, stellte sich jedoch aufgrund des Jännerergebnisses als Ausreißer dar.

Im Jänner 2010 erreichte der Bauproduktionswert in Kärnten eine Summe von 29,0 Mio. Euro und lag damit um -25,9 % unter dem Ergebnis des vergleichbaren Vorjahresmonats. Bundesweit wurde ein Rückgang um - 14,1 % festgestellt.

€ 12,3 Mio. bzw. 42,6 % des Produktionswertes wurden aus öffentlichen Aufträgen erwirtschaftet, € 16,7 Mio. bzw. 57,4 % wurden dem privaten Sektor zugerechnet. Während die Bauleistungen aus privaten Aufträgen um

- 21,1 % zurückgingen (Österreich: - 3,4 %), musste bei der Bautätigkeit aus öffentlichen Aufträgen ein Rückgang um -32,5 % festgestellt werden (Österreich: - 27,5 %).

Bei Analyse der einzelnen Bausparten wird deutlich, dass im Jänner der Tiefbau, wohl auch witterungsbedingt, mit Minus 32,8 % am stärksten eingebrochen war (Österreich: - 3,9 %), während der Hochbau um -17,6 % unter dem Vorjahresniveau lag (Österreich: - 20,4 %). Im Bereich der vorbereitenden Baustellenarbeiten war ein Rückgang um -10,2 % zu verzeichnen (Österreich: - 1,9 %), allerdings kommt diesem Teilbereich innerhalb der Kärntner Bauwirtschaft mit einem Anteil von 3,6 % am gesamten Bauvolumen nur ein geringes Gewicht zu.

In den einzelnen Sparten des Tiefbaues konnte nur im „Rohr- und Kabelnetzleitungstiefbau“ (+ 68,7 %) ein positives Ergebnis erzielt werden. In allen anderen Sparten lagen empfindliche Rückgänge vor, vor allem im „Straßenbau“ (- 67,6 %), „Wasserbau“ (- 57,2 %), „Tunnelbau“ (- 24,9 %) sowie im „Brücken- und Hochstraßenbau“ (- 9,8 %). Im Hochbau konnte nur der „Wohnungs- und Siedlungsbau“ (+ 31,0 %) zulegen, wogegen der „sonstige Hochbau“ (- 39,5 %), die „Adaptierungsarbeiten“ (- 21,7 %) sowie der „Industrie- und Ingenieurbau“ (- 9,6 %) deutlich unter dem Vorjahresniveau geblieben waren.

Im Bundesländervergleich konnten im Berichtsmonat lediglich Vorarlberg (+ 26,5 %), Niederösterreich (+ 6,4 %) und Oberösterreich (+ 5,0 %) positive Bilanzen der Bauwirtschaft vorweisen, in allen anderen Bundesländern lagen Rückgänge vor.

Zum Stichtag 31. Jänner 2010 konnte die Kärntner Bauwirtschaft Auftragsbestände im Gesamtwert von 234,9 Mio. Euro vorweisen. Dies ergibt zum Vorjahr einen deutlichen Rückgang um 43,2 %. Damit kann mit einiger Wahrscheinlichkeit angenommen werden, dass uns die krisenhafte Entwicklung der Bauwirtschaft auch in den nächsten Monaten noch begleiten dürfte.

Tourismus:

Gem. IHS Kärnten zeigt die Entwicklung des Kärntner Tourismus in den vergangenen Jahren, gemessen an den Nächtigungszahlen eine gegenläufige Entwicklung im Vergleich von Sommer- und Wintersaison. Längerfristig zeigt sich für den Sommertourismus eine deutliche Abwärtstendenz, verbunden mit einem Verlust Kärntens an Marktanteilen am gesamten österreichischen Sommertourismus. Im Wintertourismus ist eine langfristige Aufwärtstendenz – verbunden mit einem Marktanteilszuwachs – zu verzeichnen. Der Sommertourismus ist noch immer von weitaus höherem Gewicht als die Nächtigungen im Winterhalbjahr. Die Sommernächtigungen machen einen Anteil von 71,1 % an der Gesamtzahl der Nächtigungen in Kärnten aus. Sowohl im Sommer- wie auch im Wintertourismus liegt der Anteil der Nächtigungen von Inländern bei 37,5 % bzw. 36,5 % (Ausländer: 62,5 % bzw. 63,5 %).

Nach zahlreichen Investitionen in die Hardware des Kärntner Wintertourismus (z. B. Aufstiegshilfen, Beschneiungsanlagen und Hotels) setzten Kärntens Winterregionen in der Wintersaison 2009/2010 verstärkt auf ihre „Software“ und forcieren kreative Ideen und serviceorientierte Angebote. Genuss – Familie – Innovation, diese Themen bestimmten die Wintersaison 2009/2010 in Kärnten.

Ein strukturelles Problem des Kärntner Tourismus liegt zudem in einer kontinuierlichen Abnahme der Verweildauer der Touristen. Hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Kärntner Tourismus für 2010 kann gem. IHS Kärnten von einer Verlängerung der Trends der vergangenen Jahre ausgegangen werden, wobei durch zusätzliche Einflussfaktoren kleinere Abweichungen nach oben oder unten entstehen könnten.

Durch verschiedene Ganzjahreseinrichtungen (wie z. B. Therme Römerbad in Bad Kleinkirchheim, Erlebnisbad Warmbad Villach, Errichtung von Jugend- und Familiengästehäusern mit themenspezifischer Schwerpunktbildungen, Errichtung des Climbing Park Kärntens mit intergrierter Gastronomie und Info-Point für die Nationalparkregion am Tor zum Mölltal) und Veranstaltungen (z. B. Kärntner Heimatherbst) wird einerseits versucht den Tourismus in Kärnten auszubauen und andererseits den Ganzjahrestourismus zu fördern und zu verstärken.

In der Wintersaison 2009/2010 konnten in Kärnten 2.592.555 Nächtigungen verzeichnet werden, während im Sommerhalbjahr 2009 9.087.045 Nächtigungen verzeichnet wurden. Im Jahr 2010 lässt sich im 1. Quartal im Vergleich zum Vorjahreszeitraum anhand der statistischen Daten eine Zunahme der Nächtigungen erkennen.

Inflation:

Der Teuerungsdruck ist nach wie vor sehr verhalten. Im Jahr 2010 wird die Inflation mit 1,4% (WIFO, OECD) prognostiziert. Die Erhöhung der Inflation geht vor allem auf die Verteuerung von Energie (zu Jahresbeginn gut +5% gegenüber dem Vorjahr), Dienstleistungen (1,5%) zurück. Seit einigen Monaten pendelt der Preisauftrieb um die 1% Marke. Die kräftige Erhöhung der Lohnstückkosten im Vorjahr sowie die die anziehenden Energiepreise, auch aufgrund der Abwertung des Euro, sollten gem. IHS 2010 zu einer Belebung des Preisauftriebes führen. Von der verhaltenen Konjunktur gehen allerdings keine preistreibenden Impulse aus und der Überwälzungsspielraum für die Unternehmen bleibt gering.

2.3. Bisheriger Verlauf des Budgetjahres 2010 (1. Quartal mit Prognose 2010)

Dem Beschluss des Kärntner Landtages vom 18.12.2009 betreffend den Landesvoranschlag 2010 lag für das laufende Haushaltsjahr ein geplantes

Budgetvolumen von € 2.121.254.500 sowie ein geplanter Nettoschuldenzuwachs von rd. €+ 246 Mio. bzw. ein Maastricht-Ergebnis (ohne Fonds und Landesgesellschaften) von rd. €-227,47 Mio. zugrunde. Folgt man der Statistik Austria, die von Seiten der Kärntner Landesholding dem Land zur Finanzierung von Projekten gewährten Mittelflüssen als nicht maastrichtwirksame Einnahmen erkennt, so verschlechtert sich das Maastricht-Ergebnis auf € - 248,79 Mio. (ohne Fonds und Landesgesellschaften).

Durch den Punkt 5 der Durchführungsbestimmungen zum Landesvoranschlag 2010 wurden alle kreditbewirtschaftenden Abteilungen auf die verpflichtende Quartalsberichterstattung hingewiesen. Demnach sind die Fachabteilungen in Hinblick auf die Einhaltung des vom Kärntner Landtag beschlossenen Budgetprogrammes 2010 – 2014 dazu angehalten, an der Einhaltung des Budgetprogrammes und Sichtung weiterer Einsparungspotenziale zur Erreichung der Vorgaben des Österreichischen Stabilitätspaktes aktiv mitzuwirken. Im Zuge der Quartalsberichterstattung haben die Fachabteilung darüber zu berichten, welche Maßnahmen zur Einhaltung der im Budgetprogramm geforderten Zielsetzungen eingeleitet bzw. bereits umgesetzt wurden sowie darzulegen, wenn und aus welchen Gründen die geforderten Einsparungs- bzw. Umsetzungsmaßnahmen nicht eingehalten werden können.

Im Zuge der Durchführungsbestimmungen zum Landesvoranschlag 2010 wurden im Bereich der Ermessensausgaben 15%ige Kreditsperren über die Präliminare der Gebarungsgruppe 3 „Ausgaben für Anlagen, Ermessen“ und Gebarungsgruppe 5 „Förderungsausgaben Ermessen, laufende Gebarung“, verhängt. Weiters wurde über die budgetierten Ausgaben, die in Zusammenhang mit Mittel aus dem Sondervermögen Zukunft Kärnten stehen und durch budgetierte Einnahmen beim VA 2/91472/5/8296 „Kärntner Landesholding, Erträge“ finanziert werden, bis zu dessen Einlagen im Landeshaushalt eine einseitige Kreditsperre aus dem Ausgaben-VA, in Höhe der budgetierten Mittel aus dem Sondervermögen Zukunft Kärnten, verhängt.

Aus der 1. Quartalsberichterstattung des Haushaltsjahres 2010 wurde bereits erkennbar, dass die Abteilungen, infolge der Ergebnisse des Budgetkonvents zwar Budgetdisziplin aufweisen und der Mehrbedarf größtenteils durch Kreditumschichtungen im eigenen Bewirtschaftungsbereich bzw. Referatbereich bedeckt werden kann, aber dennoch nicht alle Fachabteilungen mit den verfügbaren Mitteln und den internen Umschichtungen das Auslangen finden werden und dass die Ausfinanzierung des Mehrbedarfs auf Grund den ausgaben- und einnahmenseitigen Veränderungen des Budgetvolumens im Wege eines Nachtragsvoranschlages 2010 zu erfolgen hat, wobei dessen Finanzierung ohne Aufnahme von Fremdmittel erfolgen soll.

⇒ Im Personalbereich werden Mehraufwendungen gegenüber dem LVA 2010 von € 3,92 Mio., von denen € 2,91 Mio. durch die KÜ 2009/2010 abgedeckt ist, sodass ein effektiv im Rahmen eines allfälligen Nachtragsvoranschlages 2010 bzw. durch Verstärkung oder Umschichtung zu bedeckender Mehrbedarf von € 1,01 Mio. verbleibt. Die

Mehraufwendungen im Personalbereich sind im Wesentlichen auf folgende Gründe zurückzuführen:

- Die mit 1. April in Kraft getretene Bezugserhöhung für die öffentlichen Bediensteten der allgemeinen Verwaltung im Ausmaß von 0,6 % (tatsächlich 0,45% für 2010)
 - Die im Jahr 2010 voraussichtlich eintretenden qualitativen Besserstellungen im Ausmaß von 1%.
 - Die mit 1. April in Kraft getretene Pensionserhöhungen im Bereich der allgemeinen Verwaltung und der Krankenanstalten
- ⇒ Bei den Lehrern (Bew. 1800) an den allgemeinbildenden Pflichtschulen, an den Berufsschulen und landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen wird insbesondere, bedingt durch die von Bundesseite vereinbarten Bezugshebungen und Pensionsanpassungen von der Fachabteilung mit den vorhandenen Krediten nicht das Auslangen gefunden und sind Mehrausgaben von rd. € 10,6 Mio., denen Mehreinnahmen von rd. € 9,1 Mio. gegenüberstehen, zu finanzieren. Per Saldo sind von € 1.468.900,- im Rahmen eines Nachtragsvoranschlages 2010 zu bedecken. Dieses Saldo ergibt sich vor allem durch die Verpflichtung zur Einzahlung in eine Pensionskasse sowie durch die 50 % Kostentragung bei den BS- und LW-Lehrern und die nicht FAG konforme Refundierung des Bundes im Bereich der Lehrer an landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen.
- ⇒ Bei den Bezirkshauptmannschaften sind in den Bereichen Druckaufträge-Staatsdruckerei“ und „Porto“, bedingt durch das erhöhte Reisepassvolumen im Reisepassjahr 2010 Mehrausgaben zu erwarten (€ 366.700). Die weitere Entwicklung wird derzeit noch beobachtet und nach derzeitiger Einschätzung und Tendenz kann der erwartete Mehrbedarf durch interne Umschichtungen kompensiert werden.
- ⇒ Im Bereich des Sanitätswesen (Bew. 4300) zeichnet sich derzeit die Tendenz für einen Mehrbedarf in Höhe von € 1,050 Mio. im Bereich der „Sanitätsdienstlichen Vorsorge von Großunfällen und Katastrophen“ ab, der aus der Umstellung der Zahlungsmodalitäten und Zusatzforderungen des Österreichischen Roten Kreuz Landesverband Kärnten resultiert. Die diesbezügliche politische Diskussion ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen.
- ⇒ Im Sozialbereich (Bew. 4700) wird mit den zur Verfügung stehenden Mitteln das Auslangen gefunden, wenn die Kredite des VA 1/41117 „Darlehen für Investitionsmaßnahmen im Sozialbereich“ im Ausmaß von mindestens € 3 Mio. für die Mehrausgaben anderer Ansätze überplanmäßige bereitgestellt werden können und wenn die der Sozialabteilung (Bew. 4700) zugesagten € 1 Mio. aus der Finanzierung des Teuerungsausgleiches 2009 von der Abteilung 7 (Bew. 2100) wieder auf dem VA 1/41117 „Darlehen für Investitionsmaßnahmen im Sozialbereich“ refundiert werden.
- ⇒ Im Bereich des Gesundheitswesen (Bew. 5000) wird mit den zur Verfügung stehenden Kreditmitteln das Auslangen gefunden. Der erwartete

Minderbedarf von 0,5 Mio. resultiert im Wesentlichen aus dem Annuitätendienst der öffentlichen Krankenanstalten privater Rechtsträger und der KABEG (die variablen Zinsen sind geringer als veranschlagt), sowie aus der Betriebsabgangsdeckung des Krankenhauses Spittal/Drau GmbH (die Abrechnung der LKF-Entgelte des Kärntner Gesundheitsfonds des Jahres 2008 hat eine Gutschrift für das Land ergeben und die Leasingraten für die Finanzierung des Um-, Zu- und Neubaus sind geringer als veranschlagt).

- ⇒ Auch werden noch unbedeckte Finanzierungserfordernisse iHv. 138.400 angeführt, die auf die Lebensmitteluntersuchungsanstalt im Bereich des Veterinärwesens (€ 40.000), den Unabhängigen Verwaltungssenat (€ 7.000) und den Bodenbeschaffungsfonds (€ 91.400) zurückzuführen sind.
- ⇒ Weiters wird angeführt, dass sich ausgabenseitig bei der „Kärnten Tourismusholding GmbH“ aufgrund eines Budgetierungsfehlers im LVA 2010 ein zu bedeckender Mehrbedarf von € 5,5 Mio. abzeichnet. Der dadurch entstehende Mehrbedarf (4 Rate a´ € 1.387.414,58) wird im Wege eines NVA 2010 durch Mehreinnahmen im Finanzreferat abgedeckt werden.

3. RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DAS JAHR 2011

3.1. Erwartete Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für 2011

Die wirtschaftliche Erholung wird 2011 gem. OECD-Maiprognose voraussichtlich an Schwung gewinnen, wobei der Löwenanteil des Weltwirtschaftswachstums auf die Nicht-OECD-Volkswirtschaften entfallen wird und der Euro-Raum dieser Entwicklung hinterherhinkt. Auch Österreichs Wirtschaft soll 2011 einerseits wieder relativ stark wachsen und andererseits soll 2011 auch die Haushaltskonsolidierung der öffentlichen Haushalte einsetzen, wobei ihre Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage derzeit nur vage eingeschätzt werden können. Für Österreich wird für 2011 ein reales Wirtschaftswachstum von +1,4% (WIFO, OECD) und ein nominelles BIP von +3% (IHS) prognostiziert.

Als Voraussetzung für die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung sieht die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die Festigung der Auslandsnachfrage. Da aufgrund der generell hohen preislichen Wettbewerbsfähigkeit der österreichische Export gem. WIFO vor allem von der Konjunktur bei den Handelspartnern bestimmt wird, prognostiziert das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung in seiner Aprilprognose für 2011 eine Zunahme der heimischen Güterexporte um +6%. Getragen von der Exportbelebung expandiert die Wertschöpfung der österreichischen Sachgütererzeugung 2011 real um +4,2%.

Auch 2011 werden die Importe wesentlich schwächer zunehmen als die Exporte. Das WIFO prognostiziert für die Importe 2011 ein Wachstum von +4,75% und es sollte auch 2011 das Handelsbilanzdefizit zurückgehen.

Gem. OECD Maiprognose werden aufgrund der besseren Aussichten und der niedrigen realen Zinssätze sich die Investitionen 2011 verbessern. Das WIFO geht von einem Wachstum der Bruttoinvestitionen von +1,8% und der Bruttoanlageinvestitionen von 1,9% aus. Im Rahmen der Konjunkturpakete profitierte die Bauwirtschaft von mehreren Maßnahmen wie der Förderung der thermischen Sanierung privater Gebäude. Im Zuge der Budgetkonsolidierung zeichnet sich eine Einschränkung der Infrastrukturinvestitionen ab 2011 ab. Dadurch erwartet das WIFO, dass die Bauinvestitionen 2011 kaum (+0,3%) wachsen werden. Für die Ausrüstungsinvestitionen wird eine Zunahme von +4% prognostiziert, da diese stark dem Konjunkturzyklus unterliegen.

Die OECD geht in ihrer Prognose von einer Festigung des Wachstums des privaten Konsums aus und das IHS prognostiziert für 2011 ein Wachstum des privaten Konsums von +1,1% und einen Rückgang der Sparquote von -0,4%.

Eine konjunkturbedingte Inflationsbeschleunigung zeichnet sich gem. WIFO angesichts der niedrigen Kapazitätsauslastung und des verhaltenen Anstiegs der Lohnkosten auch 2011 nicht ab. Allerdings könnte die geplante Anhebung der Verbrauchsteuer auf Energie den Preisauftrieb etwas erhöhen. Das WIFO prognostiziert daher eine Inflationsrate von 1,8% im Jahr 2011.

Gem. dem österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung dürfte im Jahr 2011 die Zahl der registrierten Arbeitslosen 282.000 erreichen. Der durch die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise verursachte Anstieg der Arbeitslosen wird demnach auf 100.000 Personen prognostiziert. Es droht eine Verfestigung der Arbeitslosigkeit auf diesem Rekordniveau und die Arbeitslosenquote wird 2011 7,7% nach nat. Definition bzw. 5,4% nach Eurostat Definition betragen (WIFO). Die Zahl der Beschäftigten dürfe sich 2011 wieder etwas erhöhen (+0,6% nach IHS). Der Anstieg der Beschäftigung ist aber zu schwach bzw. das BIP zu gering, um die neuerliche Ausweitung der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Eine Reduktion der Arbeitslosigkeit ergibt sich erst bei einem realen Wirtschaftswachstum von +2,5% (AMS).

Das IHS prognostiziert, dass 2011 der 3-Monats-Eurobor von 1% im Jahr 2010 auf 1,8% im Jahr 2011 steigen wird und dass der langfristige Zinssatz von 3,8% (2010) auf 4,4% (2011) ansteigen wird.

Im Jahr 2011 wird die von der Geld- und Finanzpolitik ausgehende Unterstützung voraussichtlich nachlassen (OECD) und lt. den Regierungsplänen soll die Haushaltskonsolidierung 2011 beginnen. Gem. Strategiepapier der Bundesregierung wird im Rahmen der Budgetkonsolidierung besonderes Augenmerk auf die Beschäftigungswirkungen und soziale Ausgewogenheit gelegt. Die Konsolidierung soll sowohl über Ausgabenkürzungen als auch über Steuererhöhungen erfolgen, und sieht auch vor, dass die Länder und die Gemeinden einen Konsolidierungsbeitrag leisten. In welchem Umfang diese Maßnahmen die Konsum- und Investitionsnachfrage dämpfen oder über eine Verringerung der Sparquote der privaten Haushalte abgefangen werden kann, könnte von den Wirtschaftsforschungsinstituten und der OECD derzeit noch nicht abgeschätzt werden. Entscheidend wird sein, ob ein starker Aufschwung der

Investitionstätigkeit der Unternehmen einsetzt, bevor mögliche nachfrage-dämpfenden Effekt der zeitgleichen Budgetkonsolidierung wirksam werden.

3.2. Rechtliche Rahmenbedingungen für das Haushaltsjahr 2011

3.2.1. Finanzausgleichsgesetz 2008/FAG 2008

Mit 10.10.2007 wurden zwischen den Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden die Eckpunkte für einen neuen Finanzausgleich für die Jahre 2008 – 2013 fixiert. Ein solcher neuer Finanzausgleich wurde von Seiten der Länder insbesondere deshalb angestrebt, da auf Grund des neuen Regierungsprogrammes der Bundesregierung zahlreiche Maßnahmen realisiert werden sollen, die mit entsprechenden Mehraufwänden für die Länder und Gemeinden verbunden sind. Außerdem haben sie insbesondere im Bereich des Gesundheitswesens in den letzten Jahren die finanziellen Belastungen erhöht und die Finanzierungsanteile deutlich zu Lasten der Länder verschoben. Wesentliche Inhalte des vom Ministerrat verabschiedeten und dem Nationalrat zur Behandlung und Beschlussfassung vorgelegten Finanzausgleichsgesetzes 2008, das nunmehr für einen Zeitraum von 6 Jahren (bisher 4 Jahre) Gültigkeit haben soll, sind folgende:

Aufbauend auf den bisherigen Finanzausgleich 2005 werden wesentliche Änderungen in der Verteilung der Finanzmasse zu Gunsten der Länder und Gemeinden in zwei Etappen (1. Etappe 2008 – 2010, 2. Etappe 2011 – 2013) wirksam.

Für die ersten 3 Jahre (1. Etappe 2008 – 2010) wird der an den Bund geleistete Konsolidierungsbeitrag von Ländern und Gemeinden um 50 % gesenkt und werden davon € 156 Mio. für die Länder und € 53 Mio. für die Gemeinden verwendet. Zusätzlich erhalten die Länder € 12 Mio. zum bisherigen Betrag als Strukturmittel zur Abdeckung von Lehrerkosten, d.h. zukünftig insgesamt € 24 Mio.

In den darauffolgenden 3 Jahren (2. Etappe) entfällt der gesamte Konsolidierungsbeitrag. Daraus erhalten die Gemeinden € 103 Mio., wovon € 50 Mio. zu Lasten der Länderanteile kommen. Insgesamt stehen den Gemeinden ab dem Jahre 2011 daher € 156 Mio. zur Verfügung. Der weitere Betrag von € 106 Mio. geht an die Länder, so dass diesen insgesamt € 262 Mio. aus der Absenkung des Konsolidierungsbeitrages ab 2011 zur Verfügung stehen werden. Von den Gemeindemitteln werden € 100 Mio. als Kompensation der Abflachung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels zu Gunsten der Gemeinden bis 10.000 Einwohner verwendet. Dabei hat die Kompensation für die Verlierergemeinden vollständig dynamisiert und punktgenau zu erfolgen. Zusätzlich werden für finanzschwache Städte/Gemeinden über 10.000 Einwohner in dieser 2. Etappe insgesamt € 16 Mio. per anno zur Verfügung gestellt, die zum Teil aus Vorwegabzügen beim § 21 FAG (€ 10 Mio.) und zu gleichen Teilen (jeweils € 2 Mio.) vom Bund, dem Land Wien und den Ländern ohne Wien aufgebracht werden. Der Beitrag der Länder ohne Wien in der Höhe von € 2 Mio. erfolgt über Kürzung bei den Gemeindebedarfszuweisungsmitteln.

Die Länder erhalten in der 2. Etappe für Strukturmittel zur Abdeckung von Lehrerkosten statt bisher zusätzlich € 12 Mio. ab 2011 € 13 Mio.

Im Zuge der Verhandlungen wurde festgelegt, dass im zukünftigen Finanzausgleich auf den für die Aufteilung der Steuerertragsanteile wesentlichen Volkszahlschlüssel die Bevölkerungsstatistik ab dem Jahre 2009 Anwendung findet. Dies geschieht in der Weise, dass in der 1. Etappe bis inklusive 2010 die Volkszahl laut der Bevölkerungsstatistik mit Stichtag 31.10.2008 angewendet wird. Laut Mitteilung des BMF vom Oktober 2009 ergibt sich für Kärnten zu diesem Stichtag eine Volkszahl von 6,716703 %. Gegenüber dem Volkszählungsergebnis 2001 ist dies ein Rückgang von rd. 3,54 % und trägt dieses Ergebnis auch maßgeblich zur Verminderung der Steuereinnahmen gegenüber dem Jahre 2008 bei. In der 2. Etappe 2011 – 2013 wird die Bevölkerungsstatistik jährlich auf Basis des jeweils vorletzten Jahres angewendet. Voraussetzung ist, dass die Statistik Austria die Ansicht vertritt, dass sie valide Daten zur Verfügung stellen kann. Da in Kärnten als einzigem Bundesland der Bevölkerungsstand nicht nur relativ, sondern absolut zur österreichischen Gesamtbevölkerung zurückgeht (nach letzten Schätzungen – 0,2 % gegenüber 2008) hat diese Regelung für das Land und die Kärntner Gemeinden eine ungünstige Auswirkung.

Zusätzlich sieht das Gesetz vor, dass bisher einzelne als Transfers geleistete Zahlungen des Bundes aus Steuererträgen in Ertragsanteile umgewandelt werden. Diese Umwandlung ist in Etappen erfolgt. Dabei wurde, um Nachteile für die Gemeinden zu vermeiden, die Höhe der Landesumlage hinsichtlich dieser Transfers neutralisiert werden und hat dazu geführt, dass der im Finanzausgleichsgesetz definierte Höchstbetrag von 7,8 % auf 7,6 % der ungekürzten Ertragsanteile der Gemeinden abgesenkt wurde. Nicht neutralisiert werden die Transferauswirkungen hinsichtlich der Bedarfszuweisungsmittel, so dass hier mit einer Steigerung zu rechnen sein wird. Die Umrechnung der Transfers hat vollständig, dynamisiert und punktgenau zu erfolgen.

Ab dem Jahre 2009 führte diese Umwandlung von Transfers zu Steuerertragsanteilen zu einer weiteren maßgeblichen Verschiebung der Mittelflüsse von Seiten des Bundes und ihrer Verbuchung in den Landeshaushalten. So fallen ab diesem Jahr sowohl die bisher auf Grund des Zweckzuschussgesetzes 2001 BGBl.Nr. 691/1988 idGF den Ländern für Wohnbauförderungszwecke gewährten Zuschüsse als auch die sogenannten § 22 FAG Bedarfszuweisungsmittel weg und werden diese Mittel bei den Ertragsanteilen aus gemeinschaftlichen Bundesabgaben vereinnahmt. Damit erhöhte sich der Anteil der Länder an den Steuerertragsanteilen von gemeinschaftlichen Bundesabgaben von vormals 15,191 % (FAG 2005) auf 20,524 %. Ab dem Jahre 2011 – mit dem Wegfall des gesamten Konsolidierungsbeitrages wird der Anteil der Länder auf 20,708 % steigen. Für das Land Kärnten ist damit ein Volumen von bisher rd. € 206 Mio. (2008) betroffen. Insgesamt muss festgehalten werden, dass unter dem Blickwinkel der Steuerreform, siehe Pkt. 2.5.4. und der gegebenen rezessiven Wirtschaftsentwicklung zumindest mittelfristig die Überlegung mit der Umwandlung von Transfers in Ertragsanteile eine teilweise Valorisierung von bisherigen Fixbeträgen zu erreichen, sich ins Gegenteil verkehrt und der Anteil der Länder (und damit auch Kärntens) an der Mitfinanzierung steuerpolitischer Maßnahmen des Bundes deutlich höher ausfällt als in der Vergangenheit.

Zusätzlich wurde vereinbart, Arbeitsgruppen zur grundsätzlichen Reform des Finanzausgleiches sowie zur Struktur und Finanzierung der Gesundheit (inkl. der Maastrichtkonformität der Krankenanstaltenfinanzierung) und Pflege einzusetzen. Die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe sollen bis zum Beginn der zweiten Etappe vorliegen.

Neben dem Finanzausgleich im engeren Sinn, wurden zwischen den Finanzausgleichspartnern auch ergänzende Reformen vereinbart, die auch mit finanziellen Auswirkungen verbunden sind. Neben einer Neuregelung im Gesundheitsbereich (näheres siehe Pkt. 3.2.3) wurden Finanzierungsregelungen für die Pflege/24-Stunden-Betreuung oder eine bundesweite bedarfsorientierte Mindestsicherung vereinbart, die Finanzierungsaufwändungen auch für Länder und Gemeinden, allerdings mit einer Deckelung bewirken. Eine entsprechende 15a-Vereinbarung soll noch in diesem Jahr von den zuständigen Gremien auf Bundes- und Landesebene verabschiedet werden. Zusätzlich wurde vereinbart, den Einsatz der Wohnbauförderungsmittel, die in der derzeitigen Höhe zur Gänze erhalten bleiben sollen, verstärkt dem Klimaschutz zu widmen. Weiters wurden verwaltungsreformatorische Maßnahmen vereinbart, die u.a. die Umsetzung der Pensionsreformen des Bundes durch die Länder bis 2009 in einer finanziell gleichwertigen Form, die Definition von Personaleinsparungszielen, die Abschaffung der Selbstträgerschaft und die Einführung von Dienstgeberbeiträgen zum Familienlastenausgleichsfonds gegen Leistung von kostenneutralen Ausgleichszahlungen durch den Bund vorsehen, wobei Letzteres mit 1.6.2008 umgesetzt wurde. Eine einheitliche Abgabenordnung für alle Gebietskörperschaften die zwischenzeitig bereits in Geltung ist sowie die Möglichkeit des Einsatzes von Mittel der Siedlungswasserwirtschaft auch für den Sanierungsbereich waren weitere Schwerpunkte der Gespräche.

3.2.2. Krankenanstaltenfinanzierung - Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens

Auch im Bereich der Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens wurde für die neue FAG-Periode der Abschluss einer neuen Vereinbarung zwischen den Gebietskörperschaften vereinbart. Neben der Bereitstellung zusätzlicher Bundesmittel im Ausmaß von € 100 Mio. für die Krankenanstaltenfinanzierung, von denen € 20 Mio. für den Fremdpatientenausgleich als Vorweganteile den Ländern Tirol, Oberösterreich, Salzburg und Niederösterreich zu Gute kommen und € 80 Mio. nach einem Mischschlüssel (LKF-Punkte, Volkszahl) unter den Ländern aufgeteilt werden, wird zukünftig eine Valorisierung sämtlicher Bundesmittel gemessen am „Ertragsanteileindex“, vorgenommen werden, was in Anbetracht der Steuerreform und der Finanz- und Wirtschaftskrise und den damit verbundenen Rückgang an Steuereinnahmen einen Rückgang der bereitgestellten Mittel bedeutet. Inhaltlich wurde eine gemeinsame Steuerung und Planung der stationären und ambulanten Versorgung auf Landesebene, die Anbindung der Krankenanstalten an die E-Card, die Weiterentwicklung der elektronischen Gesundheitsakte ELGA sowie ein Modell der sektorenübergreifenden Finanzierung bis 2011 vereinbart. Die Dotierung der Landesgesundheitsfonds erfolgt wie bisher durch die Beiträge des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger, Beiträge des Bundesgesundheitsfonds, Beiträge der Länder und der Gemeinden nach

Maßgabe der bundesgesetzlichen Regelungen durch Mittel gemäß GSBG, zusätzlichen Mittel für die Gesundheitsreform die gemäß der Vereinbarung über den Finanzausgleich zur Verfügung gestellt werden sowie allenfalls aus den von den Ländern, Gemeinden und Rechtsträgern der Krankenanstalten zur Abdeckung des Betriebsabganges der Krankenanstalten zu leistenden Beiträge und sonstige Mittel, die den Ländern den Krankenanstalten zur Verfügung stellen sowie durch allfällige sonstige Mittel auf Grund von landesrechtlichen Vorschriften. Für Kärnten bedeutet die Neuregelung zusätzliche Mittel an den Kärntner Gesundheitsfonds ab 2008 von rd. €6,51 Mio. jährlich die zukünftig, wie die anderen Bundesmittel mit der „Ertragsanteilsdynamik“ valorisiert werden. Wesentlich für die Krankenanstaltenfinanzierung ist es, dass hier auf die Dauer der Vereinbarung negative Auswirkungen aus dem Verlust von relativen Anteilen an der österreichischen Bevölkerung nicht gegeben sein werden. Allerdings wirkt sich auch in diesem Bereich das erwartete geringere Aufkommen an Steuerertragsanteilen sowie an Sozialversicherungsbeiträgen in nächster Zeit negativ auf die Dotierung, auch des Kärntner Gesundheitsfonds, aus und wird Druck auf erhöhte Abgangsfinanzierungen durch das Land und die Kärntner Gemeinden erzeugen.

3.2.3. Steuerreform 2009 und sonstige steuerreformatoren Maßnahmen des Bundes mit Auswirkungen auf die Länder

Die von Seiten des Bundes beschlossene und teilweise rückwirkend mit 1.1.2009 in Kraft gesetzte Steuerreform 2009 beeinflusst die Einnahmentwicklung auch der Länder und Gemeinden in den kommenden Jahren wesentlich. Diese, insbesondere zur Stärkung der Nachfrage beschlossene Steuerentlastungspaket, das auf Ebene des Bundes ohne verstärkte Einbindung der Länder und Interessensvertretungen der Gemeinden entwickelt wurde und eigentlich erst für das Jahr 2010 mit einem deutlich geringeren Volumen von der vormaligen Bundesregierung geplant war, umfasst eine

- Senkung der Einkommen- und Lohnsteuer rückwirkend zum 1.1.2009
- Erhöhung des Kinderabsetzbetrages
- Einführung eines Kinderfreibetrages von € 220,-- jährlich pro Kind
- Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten bis zu € 2.300,-- jährlich pro Kind
- Steuerfreiheit für Zuschüsse des Arbeitgebers bis zum € 500,-- pro Kind und Jahr
- Ausweitung des Freibetrages für investierte Gewinne auf bilanzierende Unternehmen und gleichzeitige Anhebung von 10 % auf 13 %
- Steuerliche Absetzbarkeit von Spenden für mildtätige und humanitäre Zwecke sowie Entwicklungszusammenarbeit und Katastrophenhilfe
- Anhebung des Maximalbetrages für die steuerliche Absetzbarkeit des Kirchenbeitrages auf € 200,--.

Die erwarteten Auswirkungen auf das Abgabenaufkommen werden für 2009 mit - €2,135 Mrd. geschätzt. In den Folgejahren sollen sich diese auf -€2,858 Mrd. (2010) bzw. - € 3 Mrd. (2011 und 2012) belaufen. Die Länder sind insgesamt mit Einnahmenausfällen im Jahre 2009 von € 457 Mio. bzw. in den

Folgejahren zwischen - € 611 Mio. und - € 660 Mio. konfrontiert. Für das Bundesland Kärnten werden dadurch Mindereinnahmen von € 31 Mio. im Jahre 2009 und in den Folgejahren zwischen - € 41,5 Mio. und - € 45 Mio. zu erwarten sein. Dazu kommen noch die indirekten Auswirkungen, die durch die geringeren Gemeindeertragsanteile bei der Landesumlage bzw. im Bereich der Krankenanstaltenfinanzierung gegeben sein werden. Dazu kommt, dass der Bund im Laufe des Jahres 2008 durch das Konjunkturbelebungs-gesetz 2008, Änderungen im Bereich der Umsatz- und Einkommenssteuer oder durch den Entfall der Erbschafts- und Schenkungssteuer, aber auch durch das sogenannte Konjunkturpaket II, mit der Möglichkeit der begrenzten vorzeitigen Abschreibung auf bewegliche Wirtschaftsgüter, weitere steuerpolitische Maßnahmen gesetzt hat, die allein für das Land Kärnten mit Mindereinnahmen von - € 9,1 Mio. zusätzlich im Jahre 2009 verbunden sind. Unter Einbeziehung der geringeren Mittel im Bereich der Krankenanstaltenfinanzierung, sind die finanziellen Auswirkungen für das Land Kärnten auf Grund oa. steuerpolitischer Maßnahmen des Bundes im Jahre 2008 bzw. 2009 für das Jahr 2009 mit - € 42,1 Mio. für das Jahr 2010 mit - € 56,4 Mio., für das Jahr 2011 mit - € 63 Mio. und in den Folgejahren mit rd. - € 60,5 Mio. an Mindereinnahmen anzuschätzen. Darin sind die negativen Auswirkungen, die durch den Konjunkturreinbruch und die Finanzkrise bewirkt werden, noch nicht berücksichtigt.

3.2.4. Österreichischer Stabilitätspakt 2008

Anlässlich der Verhandlungen zum Finanzausgleich 2008 – 2013 wurde zwischen Bund, Ländern und Gemeinden Einigung darüber erzielt, in Fortsetzung des Österreichischen Stabilitätspaktes 2005 eine neue 15a-Vereinbarung über einen Österreichischen Stabilitätspakt 2008 auf die Dauer der FAG-Periode (2008 – 2013) abzuschließen. Diese Vereinbarung wurde nach Genehmigung durch die Bundes- und Ländergremien rückwirkend mit 1.1.2008 in Kraft gesetzt und ist unter BGBl I 127/2008 veröffentlicht. Ziel dieses Stabilitätspaktes ist es, österreichbezogen bis 2010 einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen und eine Reduktion der Schulden in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zu erreichen. Der dem Budgetprogramm der Bundesregierung und dieser Vereinbarung zu Grunde gelegte angepeilte gesamtstaatliche Budgetpfad sieht eine schrittweise Zurückführung der gesamtstaatlichen Defizitquote bis 2009 und einen Überschuss vor der Steuerreform 2010 vor, mit dem Ziel einen ausgeglichenen Haushalt nach der Steuerreform 2010 zu erreichen. Länder und Gemeinden haben sich im Rahmen des Finanzausgleiches bereit erklärt und verpflichtet, diese stabilitätsorientierte Budgetpolitik weiterhin in ihrem Bereich zu unterstützen. Trotz zwischenzeitig, seit dem Jahre 2009 vorzufindenden geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, hervorgerufen durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise und die österreichseitig bewirkten Gegensteuerungsmaßnahmen durch die Inkraftsetzung der Steuerreform 2009 und konjunktur- und beschäftigungspolitischer Finanzierungserfordernisse, ist derzeit der Österreichische Stabilitätspakt 2008 nach wie vor unverändert Rechtsbestand, obwohl die für die einzelnen FAG-PartnerIn festgelegten jährlich definierten Stabilitätsbeiträge, die für den

Bund im Jahre 2011 ein max. Budgetdefizit von 0,14 % des BIP bzw. für die Länder einen Haushaltsüberschuss von 0,52 % des BIP und für die Gemeinden ein ausgeglichenes Haushaltsergebnis pro Jahr völlig unrealistische Vorgaben sind. So würde sich etwa für Kärnten auf Grund dieser Vereinbarung für das Jahr 2011 die Notwendigkeit der Erbringung eines ordentlichen Stabilitätsbeitrages in Form eines Überschusses von + € 92,48 Mio. errechnen. Dabei wurde ein nominelles österreichisches Bruttoinlandsprodukt von € 282,42 Mrd. für 2011 den Berechnungen zugrunde gelegt. Festgehalten werden darf, dass allen Finanzausgleichspartnern klar ist, dass nicht nur die derzeitigen Vorgaben des Österreichischen Stabilitätspaktes in den nächsten Jahren nicht erfüllbar sind, sondern auch die von Seiten der Europäischen Union definierten Stabilitätskriterien von unter 3 % Maastrichtdefizit des Gesamtstaates, erst nach einer mehrjährigen Übergangsphase wieder unterschritten werden können. So hat die Österreichische Bundesregierung nicht nur im Vorjahr die Stabilitätsziele in dem veröffentlichten Österreichischen Stabilitätsprogramm 2008 – 2013 erstmals auf einen deutlich niedrigeren Niveau festgeschrieben. Nach Durchführung eines entsprechenden EU-Verfahrens betreffend das übermäßige Defizit von Österreich hat die Bundesregierung in den am 20.4.2010 veröffentlichten und vor kurzem im Nationalrat verabschiedeten Strategiebericht zum Bundesfinanzrahmengesetz 2011 – 2014 für die Periode 2010 – 2014 in Größenordnung des gesamtstaatlichen Defizits mit

- 4,7 % des BIP für 2010
- 4,0 % des BIP für 2011
- 3,3 % des BIP für 2012
- 2,7 % des BIP für 2013 und
- 2,3 % des BIP für 2014

ausgewiesen.

Gleichzeitig wurde darin für die übrigen Gebietskörperschaften (Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträger) gemeinsam Defizitquoten von - 0,6 % des nominellen BIP in den Jahren 2010, 2011, 2013 und 2014 sowie von - 0,5 % des BIP im Jahre 2012 angeführt. Festgehalten werden darf, dass trotz entsprechender Ankündigung des Bundes gegenüber dem Landesfinanzreferenten entsprechende Gespräche mit den übrigen Gebietskörperschaften zu diesen definierten Stabilitätszielen bisher nicht stattgefunden haben, sodass derzeit weder eine konkrete Zuordnung der nicht vom Bund beanspruchten Defizitquoten auf die übrigen Finanzausgleichspartner bzw. Sozialversicherungsträger noch die wesentlichen (einnahmenseitigen) Rahmenbedingungen unter denen die übrigen Gebietskörperschaften die noch zu definierenden Stabilitätsbeiträge zu erbringen haben, bekannt sind. Aus heutiger Sicht ist von Seiten des Bundes nicht zu erwarten, dass vor Oktober 2010 entsprechende Verhandlungen darüber geführt werden.

4. FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN DER AUßERBUDGETÄREN FINANZIERUNGSVORHABEN

4.1. Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds

Für das Jahr 2011 ist mit dem KWF eine neue Finanzierungsvereinbarung abzuschließen, wobei von einem Bedarf an Fremdmittelaufnahme durch den Fonds im Jahre 2011 mit €36 Mio. und im Jahre 2012 mit €27 Mio. ausgegangen wird.

Laut derzeitiger Einschätzung wird sich der Schuldenstand des KWF Ende 2011 auf rd. € 225,9 Mio. belaufen. Der von Seiten des Landes im Jahre 2011 zu tragende Annuitätendienst wird eine Größenordnung von € 30,1 Mio. erreichen und findet im Landesvoranschlag 2011 seinen Niederschlag.

4.2. Landeskrankenanstalten-Betriebsgesellschaft (KABEG)

Neben der Zurverfügungstellung von Landesdarlehen zur teilweisen Abdeckung des Nettogebärungsabganges und der darin enthaltenen Aufwänden aus der Investitionsfinanzierung, finanziert sich die Landeskrankenanstalten Betriebsgesellschaft hinsichtlich des Anteiles der Gemeinden am Betriebsabgang sowie hinsichtlich der Finanzierung des Erwerbes der im Eigentum des Landes stehenden Liegenschaften, Liegenschaftsteile und Liegenschaftsrechte samt Gebäude der Kärntner Krankenanstalten und hinsichtlich der Investitionsfinanzierungen über die Aufnahme von Fremdmittel am Kapitalmarkt und werden dafür von Seiten des Landes entsprechende Haftungen bzw. Garantien im Einzelfall übernommen.

Zur Investitionsfinanzierung im Krankenanstaltenbereich ist festzustellen, dass – nachdem der alte Finanzierungsvertrag der Jahre 2007 – 2009 mit 31.12.2009 auslief – für die Jahre 2010 bis 2014 ein – erstmals auf 5 Jahre ausgerichteter - neuer Investitionsfinanzierungsvertrag erstellt, zu dem Haftungsermächtigungen an die Landesregierung vom Landtag mit 27.5.2010 beschlossen wurden. Größtes Gewicht wird dabei der Ausfinanzierung des Großprojektes LKH Klagenfurt - Neu für die Folgejahre 2010 sowie 2011 beigemessen. Gemäß Beschluss haftet das Land demnach für Kreditaufnahmen der KABEG zur Aufbringung ihrer Mittel zur Finanzierung des Investitionshaushaltes im maximalen Ausmaß von € 70,0 Mio. im Jahr 2010, von € 30,0 Mio. im Jahr 2011 sowie je € 20,0 Mio. in den Jahren 2012 – 2014 und wurde somit der Rahmen für das jährliche Investitionsvolumen wiederum deutlich zurückgeführt.

Für das Jahr 2011 bewegt sich der Investitionsaufwand auf Basis dieses Investitionsprogrammes auf insgesamt € 41 Mio. (2010 € 96,3 Mio; ein Teil des Investitionsaufwandes deckt sich über die Investitionszuschüsse des Ktn. Gesundheitsfonds). Der aus der bisherigen Investitionsfinanzierung erwachsene Annuitätendienst in der Höhe von rd. € 50,2 Mio. für 2011 (2010 € 39,4 Mio.) wird im Rahmen des Nettogebärungsabganges überwiegend durch das Land, aber auch hinsichtlich eines Anteiles am Zinsendienst durch die Gemeinden abgedeckt.

Zusätzlich werden zur Betriebsabgangsdeckung Gemeindeumlagedarlehen im Ausmaß von rd. € 63,4 Mio. am Kapitalmarkt aufgenommen.

Der von Seiten des Landes zu bestreitende Annuitätendienst aus dem Liegenschaftsankauf durch die KABEG beläuft sich im Jahre 2011 auf € 24,0

Mio., wofür im Landesvoranschlag Vorsorge getroffen wurde. Der aus dem Landeshaushalt zu bestreitende Annuitätendienst einschließlich dem von den Gemeinden zu leistenden Anteil für die Betriebsabgangsfinanzierung in der Höhe von € 56,25 Mio. für Fremdmittelaufnahmen der KABEG am Kapitalmarkt wird sich auf rd. € 147,3 Mio. (davon rd. € 123,28 Mio. als Beitrag zum Annuitätendienst der Betriebsfinanzierung und € 24,0 Mio. zum Annuitätendienst im Zusammenhang mit dem Erwerb der LKA) belaufen. Als Durchlaufer stellt sich dabei allerdings der darin eingerechnete Annuitätendienst für die Landesdarlehen dar, der sich für 2011 einnahmen- und ausgabenseitig mit € 67,03 Mio. im Landeshaushalt niederschlägt.

4.3. Kärntner Regionalfonds

Der mit Beginn des Jahres 2005 neu eingerichtete Kärntner Regionalfonds wird Ende 2011 laut Planung einen Schuldenstand von € 15,37 Mio. aufweisen. Aufgrund der bisherigen Fremdmittelaufnahmen der Jahre 2005 – 2008 und der Festlegung, dass der Regionalfonds 2011 aus eigenen Mitteln 50 % der Jahresannuitäten abdecken wird, werden zur Bedeckung des Annuitätendienstes im Jahre 2011 Landesmittel in Höhe von € 1,54 Mio. im Landesvoranschlag 2011 bereitgestellt.

4.4. Kärntner Wasserwirtschaftsfonds

Unter Zugrundelegung der zwischen dem Land Kärnten und dem Kärntner Wasserwirtschaftsfonds getroffenen Finanzierungsvereinbarung sowie der bisher tatsächlich aufgenommenen und für das Jahr 2011 geplanten Aufnahme von Fremdmittel wird der Fonds Ende 2008 einen voraussichtlichen Schuldenstand von € 97 Mio. aufweisen. Der von Seiten des Landes zu bestreitenden Zinsendienst (die Rückzahlung erfolgt mit der Rückzahlung der Förderdarlehen durch die Gemeinden, Wasser- und Abwasserverbände und sonstige Fördernehmer) wird für das Jahr 2011 mit € 4,09 Mio. geschätzt.

4.5. Leasingfinanzierungen

Die Dotierungen für die Sonderleasingfinanzierungen werden in dem Ausmaß unter Berücksichtigung des erwarteten Baufortschrittes und unter Berücksichtigung der zum Zeitpunkt der Voranschlagserstellung angeschätzten Zinskonditionen vorgenommen und sind im Entwurf des Landesvoranschlages für Bauvorhaben und Einrichtungen mit einem Gesamtvolumen von insgesamt € 5,84 Mio. veranschlagt. Für EDV-Projektsmaßnahmen im Zusammenhang mit Outsourcing sind Leasingkosten von € 1,55 Mio., für das Fuhrparkmanagement von € 1,78 Mio, für die Erneuerung des Gerätebestandes des Luftgütemessnetzes des Landes Kärnten von € 0,4 Mio. und den erstmals im Jahr 2011 dotierten Röntgenwagen € 0,13 Mio. vorgesehen. Insgesamt belaufen sich damit die Kosten für 2011 auf rd. € 9,44 Mio.

4.6. Forderungseinlösemodell gem. § 1422 ABGB im Straßenbau

Zur Finanzierung von Straßenbauvorhaben an Landesstraßen L wurden seit dem Jahre 2005 im jährlichen Ausmaß von rd. € 5 Mio. ein mit der Hypo-Alpe-Adria Bank entwickeltes Forderungseinlösemodell zur Anwendung gebracht, welches letztmalig im Jahre 2010 im gleichen Volumen geplant war. Diese Vorfinanzierung wird sich auf den Stand der Verwaltungsschulden Ende 2011 mit rd. € 20,45 Mio. niederschlagen. Die daraus erwachsenden Finanzierungskosten für 2011 die mit € 3,69 Mio. geschätzt werden, werden zu Lasten des Straßenbudgets verrechnet.

Mit Beschluss des Kärntner Landtages vom 4.10.2007, Ldtgs.Zl. 203-17/29, wurde für die Finanzierung des Straßenbauvorhabens B 78 Obdacher Straße – „Umfahrung Bad St.Leonhard“ sowie B 82 Seeberg Straße – „Umfahrung Völkermarkt“ die Ermächtigung für die Anwendung dieses Finanzierungsmodells auch im Bereich der Landestraßen B erteilt. Dies wird sich auf den Stand der Verwaltungsschulden Ende 2011 mit € 59,3 Mio. niederschlagen. Entsprechende Finanzierungskosten für 2011 sind dafür im Landesvoranschlag mit € 8,89 Mio angesetzt. Insgesamt werden sich die Verwaltungsschulden aus den Forderungseinlösemodellen im Straßenbau Ende 2011 auf € 79,8 Mio. belaufen.

5. VERGLEICHENDE BETRACHTUNGSWEISE ZWISCHEN DEM BUDGET PROGRAMM 2011 UND DEM LANDESVORANSCHLAG 2011

Hinsichtlich der Maßnahmen und Vorhaben zur Erreichung der haushaltspolitischen Zielsetzungen des vom Kärntner Landtag beschlossenen Budgetprogrammes 2010-14 für das Jahr 2011 ergeben sich zum Vergleich zum Landesvoranschlag 2011 nachstehende betragsmäßige Veränderungen, die gruppen- bzw. abschnittsbezogen sowohl einnahmen- als auch ausgabenseitig gegenübergestellt werden:

Vergleich Budgetprogramm 2011 zu LVA 2011 - Ausgaben

AUSGABEN	Budgetprogr. 2011	+/- Betrag	+/- %	LVAE 2011
<i>Gruppe 0: Vertretungskörper u. allgem. Verwaltung</i>				
GESAMT	259.136.700	-1.668.700	-0,64%	257.468.000
Abschnitt 00 "Landtag"	17.128.000	-808.400	-4,72%	16.319.600
Abschnitt 01 "Landesregierung"	3.797.600	-236.800	-6,24%	3.560.800
Abschnitt 02 "Amt der Landesregierung"	121.747.100	-2.187.700	-1,80%	119.559.400
Abschnitt 03 "Bezirkshauptmannschaften"	38.906.400	-158.500	-0,41%	38.747.900
Abschnitt 04 "Sonderämter"	4.845.900	-164.200	-3,39%	4.681.700
Abschnitt 05 "Sonst. Aufgaben d. allgem. Verwaltung"	748.900	+86.800	+11,59%	835.700
Abschnitt 08 "Pensionen (ohne Landeslehrer)"	70.324.500	+1.767.500	+2,51%	72.092.000
Abschnitt 09 "Personalbetreuung"	1.638.300	+32.600	+1,99%	1.670.900
<i>Gruppe 1: Öffentliche Ordnung und Sicherheit</i>				
GESAMT	10.739.300	-535.200	-4,98%	10.204.100
Abschnitt 13 "Sonderpolizei"	3.371.800	+27.900	+0,83%	3.399.700
Abschnitt 16 "Feuerwehrwesen"	7.071.300	-544.700	-7,70%	6.526.600
Abschnitt 17 "Katastrophendienst"	196.100	+0	+0,00%	196.100
Abschnitt 18 "Landesverteidigung"	100.100	-18.400	-18,38%	81.700
<i>Gruppe 2: Unterricht, Erziehung, Sport u. Wissenschaft</i>				
GESAMT	513.508.200	+23.300	+0,00%	513.531.500
Abschnitt 20 "Gesonderte Verwaltung"	122.016.500	+3.832.400	+3,14%	125.848.900
Abschnitt 21 "Allgemeinbildender Unterricht"	259.430.900	+2.709.500	+1,04%	262.140.400
Abschnitt 22 "Berufsbildender Unterricht"	62.741.200	+139.500	+0,22%	62.880.700
Abschnitt 23 "Förderung des Unterrichtes"	1.631.800	-66.000	-4,04%	1.565.800
Abschnitt 24 "Vorschulische Erziehung"	31.962.000	-7.179.400	-22,46%	24.782.600
Abschnitt 25 "Außerschulische Jugenderziehung"	5.234.200	-266.800	-5,10%	4.967.400
Abschnitt 26 "Sport u. außerschul. Leibeserzieh"	11.907.600	-582.100	-4,89%	11.325.500
Abschnitt 27 "Erwachsenenbildung"	242.800	-40.800	-16,80%	202.000
Abschnitt 28 "Forschung und Wissenschaft"	18.341.200	+1.477.000	+8,05%	19.818.200
<i>Gruppe 3: Kunst, Kultur und Kultus</i>				
GESAMT	53.362.600	-839.400	-1,57%	52.523.200
Abschnitt 30 "Gesonderte Verwaltung"	548.400	+0	+0,00%	548.400
Abschnitt 31 "Bildende Künste"	28.300	+0	+0,00%	28.300
Abschnitt 32 "Musik und Darstellende Kunst"	45.219.700	-785.400	-1,74%	44.434.300
Abschnitt 33 "Schrifttum und Sprache"	40.200	+0	+0,00%	40.200
Abschnitt 34 "Museen und sonstige Sammlungen"	1.652.200	-113.500	-6,87%	1.538.700
Abschnitt 35 "Sonstige Kunstpflege"	491.400	+0	+0,00%	491.400
Abschnitt 36 "Heimatspflege"	2.280.900	+125.900	+5,52%	2.406.800
Abschnitt 37 "Rundfunk, Presse und Film"	66.100	-48.000	-72,62%	18.100
Abschnitt 38 "Sonstige Kulturpflege"	3.035.400	-18.400	-0,61%	3.017.000
<i>Gruppe 4: Soziale Wohlfahrt u. Wohnbauförderung</i>				
GESAMT	514.386.300	-15.118.700	-2,94%	499.267.600
Abschnitt 41 "Allgemeine öffentl. Wohlfahrt"	234.899.000	-7.482.400	-3,19%	227.416.600
Abschnitt 42 "Freie Wohlfahrt"	40.845.300	-1.217.200	-2,98%	39.628.100
Abschnitt 43 "Jugendwohlfahrt"	68.121.600	-1.104.600	-1,62%	67.017.000
Abschnitt 44 "Behebung von Notständen"	4.809.600	-24.500	-0,51%	4.785.100
Abschnitt 45 "Sozialpolitische Maßnahmen"	6.591.200	-290.000	-4,40%	6.301.200
Abschnitt 46 "Familienpolitische Maßnahmen"	7.435.900	+0	+0,00%	7.435.900
Abschnitt 48 "Wohnbauförderung"	151.683.700	-5.000.000	-3,30%	146.683.700

<i>Gruppe 5: Gesundheit</i>				
GESAMT	271.195.300	-9.122.600	-3,36%	262.072.700
Abschnitt 51 "Gesundheitsdienst"	6.130.200	+223.400	+3,64%	6.353.600
Abschnitt 52 "Umweltschutz"	8.446.900	-969.700	-11,48%	7.477.200
Abschnitt 53 "Rettungs- u. Warndienste"	12.119.800	-279.500	-2,31%	11.840.300
Abschnitt 54 "Ausbildung im Gesundheitsdienst"	8.934.800	-943.600	-10,56%	7.991.200
Abschnitt 55 "Eigene Krankenanstalten"	359.400	+128.500	+35,75%	487.900
Abschnitt 56 "Krankenanst. Anderer Rechtsträger"	219.465.500	-7.380.200	-3,36%	212.085.300
Abschnitt 58 "Veterinärmedizin"	1.740.700	+46.300	+2,66%	1.787.000
Abschnitt 59 "Gesundheit, Sonstiges"	13.998.000	+52.200	+0,37%	14.050.200
<i>Gruppe 6: Straßen- und Wasserbau, Verkehr</i>				
GESAMT	144.663.200	-2.985.100	-2,06%	141.678.100
Abschnitt 61 "Straßenbau"	98.600.800	-2.307.800	-2,34%	96.293.000
Abschnitt 62 "Allgemeiner Wasserbau"	5.824.100	+15.900	+0,27%	5.840.000
Abschnitt 63 "Wasserschutzbau"	6.703.400	-11.100	-0,17%	6.692.300
Abschnitt 64 "Straßenverkehr"	33.521.700	-681.900	-2,03%	32.839.800
Abschnitt 66 "Schiffsverkehr"	100	+0	+0,00%	100
Abschnitt 67 "Luftverkehr"	13.100	-200	-1,53%	12.900
<i>Gruppe 7: Wirtschaftsförderung</i>				
GESAMT	99.329.800	+10.084.300	+10,15%	109.414.100
Abschnitt 71 "Grundl. Verb.i.d.Land-u.Forstwirtsch."	14.303.400	-2.477.400	-17,32%	11.826.000
Abschnitt 74 "Sonstige Förderung der Land- und Forstwirtschaft"	29.947.900	+2.988.000	+9,98%	32.935.900
Abschnitt 75 "Förderung der Energiewirtschaft"	8.343.700	-1.189.200	-14,25%	7.154.500
Abschnitt 77 "Förderung des Fremdenverkehrs"	2.577.100	+12.030.100	+468,74%	14.607.200
Abschnitt 78 "Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie"	44.157.700	-1.267.200	-2,87%	42.890.500
<i>Gruppe 8: Dienstleistungen</i>				
GESAMT	150.659.100	-1.333.800	-0,89%	149.325.300
Abschnitt 84 "Liegenschaften, Wohn- und Geschäftsgebäude"	1.008.900	-166.500	-16,50%	842.400
Abschnitt 85 "Betriebe mit marktbest.Tätigkeit"	148.318.800	-1.038.700	-0,70%	147.280.100
Abschnitt 86 "Land- u. forstwirtschaftl. Betr"	1.331.400	-128.600	-9,66%	1.202.800
<i>Gruppe 9: Finanzwirtschaft</i>				
GESAMT	164.406.500	-14.672.400	-8,92%	149.734.100
Abschnitt 91 "Kapitalvermögen"	20.030.000	-7.728.400	-38,58%	12.301.600
Abschnitt 92 "Öffentl. Abgaben"	11.152.700	+31.700	+0,28%	11.184.400
Abschnitt 94 "Finanzzuweisungen u. Zuschüsse"	72.287.700	+2.170.800	+3,00%	74.458.500
Abschnitt 95 "Nicht aufteilbarer Schuldendienst"	58.798.300	-9.070.100	-15,43%	49.728.200
Abschnitt 96 "Haftungen"	1.524.700	-24.700	-1,62%	1.500.000
Abschnitt 97 "Verstärkungsmittel"	501.700	-51.700	-10,30%	450.000
Abschnitt 99 "Abwicklung der Vorjahre"	111.400	+0	+0,00%	111.400
Haushaltssumme gesamt	2.181.387.000	-36.168.300	-1,66%	2.145.218.700

Vergleich Budgetprogramm 2011 zu LVA 2011 - Einnahmen

EINNAHMEN	Budgetprogr. 2011	+/- Betrag	+/- %	LVAE 2011
<i>Gruppe 0: Vertretungskörper u. allgem. Verwaltung</i>				
GESAMT	33.463.200	-229.900	-0,69%	33.233.300
Abschnitt 00 "Landtag"	328.600	-15.600	-4,75%	313.000
Abschnitt 01 "Landesregierung"	889.400	-54.200	-6,09%	835.200
Abschnitt 02 "Amt der Landesregierung"	7.749.600	-274.400	-3,54%	7.475.200
Abschnitt 03 "Bezirkshauptmannschaften"	1.959.900	-145.200	-7,41%	1.814.700
Abschnitt 04 "Sonderämter"	107.600	+0	+0,00%	107.600
Abschnitt 08 "Pensionen (ohne Landeslehrer)"	21.568.100	+255.800	+1,19%	21.823.900
Abschnitt 09 "Personalbetreuung"	860.000	+3.700	+0,43%	863.700
<i>Gruppe 1: Öffentliche Ordnung und Sicherheit</i>				
GESAMT	527.700	-7.300	-1,38%	520.400
Abschnitt 13 "Sonderpolizei"	29.700	-300	-1,01%	29.400
Abschnitt 16 "Feuerwehrwesen"	498.000	-7.000	-1,41%	491.000
<i>Gruppe 2: Unterricht, Erziehung, Sport u. Wissenschaft</i>				
GESAMT	379.593.900	+11.179.100	+2,95%	390.773.000
Abschnitt 20 "Gesonderte Verwaltung"	121.958.100	+3.832.400	+3,14%	125.790.500
Abschnitt 21 "Allgemeinbildender Unterricht"	224.292.000	+6.701.500	+2,99%	230.993.500
Abschnitt 22 "Berufsbildender Unterricht"	26.731.800	+819.400	+3,07%	27.551.200
Abschnitt 23 "Förderung des Unterrichtes"	106.500	+0	+0,00%	106.500
Abschnitt 24 "Vorschulische Erziehung"	4.367.200	+0	+0,00%	4.367.200
Abschnitt 25 "Außerschulische Jugenderziehung"	10.600	+0	+0,00%	10.600
Abschnitt 26 "Sport u. außerschul. Leibeserziehung"	0	+0	+0,00%	0
Abschnitt 28 "Forschung und Wissenschaft"	2.127.700	-174.200	-8,19%	1.953.500
<i>Gruppe 3: Kunst, Kultur und Kultus</i>				
GESAMT	5.355.500	-147.000	-2,74%	5.208.500
Abschnitt 30 "Gesonderte Verwaltung"	23.600	+0	+0,00%	23.600
Abschnitt 32 "Musik und Darstellende Kunst"	5.238.000	-147.000	-2,81%	5.091.000
Abschnitt 34 "Museen und sonstige Sammlungen"	83.200	+0	+0,00%	83.200
Abschnitt 36 "Heimatspflege"	8.900	+0	+0,00%	8.900
Abschnitt 38 "Sonstige Kulturpflege"	1.800	+0	+0,00%	1.800
<i>Gruppe 4: Soziale Wohlfahrt u. Wohnbauförderung</i>				
GESAMT	267.405.600	-3.269.300	-1,22%	264.136.300
Abschnitt 41 "Allgemeine öffentliche Wohlfahrt"	139.471.500	-2.781.400	-1,99%	136.690.100
Abschnitt 42 "Freie Wohlfahrt"	18.144.000	-9.800	-0,05%	18.134.200
Abschnitt 43 "Jugendwohlfahrt"	35.046.700	-371.100	-1,06%	34.675.600
Abschnitt 44 "Behebung von Notständen"	2.399.300	-12.000	-0,50%	2.387.300
Abschnitt 45 "Sozialpolitische Massnahmen"	4.150.000	-95.000	+0,00%	4.055.000
Abschnitt 48 "Wohnbauförderung"	68.194.100	+0	+0,00%	68.194.100

<i>Gruppe 5: Gesundheit</i>				
GESAMT	150.884.300	+1.249.700	+0,83%	152.134.000
Abschnitt 51 "Gesundheitsdienst"	1.559.100	+700	+0,04%	1.559.800
Abschnitt 52 "Umweltschutz"	159.700	-10.200	-6,39%	149.500
Abschnitt 53 "Rettungs- u. Warndienste"	5.103.000	-167.000	-3,27%	4.936.000
Abschnitt 54 "Ausbildung im Gesundheitsdienst"	1.838.100	+1.426.100	+77,59%	3.264.200
Abschnitt 55 "Eigene Krankenanstalten"	67.400	+0	+0,00%	67.400
Abschnitt 56 "Krankenanstalten anderer Rechtsträger"	141.118.600	+0	+0,00%	141.118.600
Abschnitt 58 "Veterinärmedizin"	1.038.400	+0	+0,00%	1.038.400
<i>Gruppe 6: Straßen- und Wasserbau, Verkehr</i>				
GESAMT	24.945.100	+262.300	+1,05%	25.207.400
Abschnitt 61 "Straßenbau"	19.033.800	+30.800	+0,16%	19.064.600
Abschnitt 62 "Allgemeiner Wasserbau"	400	-400	+0,00%	0
Abschnitt 63 "Schutzwasserbau"	780.400	-500	-0,06%	779.900
Abschnitt 64 "Straßenverkehr"	5.073.400	+219.500	+4,33%	5.292.900
Abschnitt 69 "Verkehr, Sonstiges"	57.100	+12.900	+22,59%	70.000
<i>Gruppe 7: Wirtschaftsförderung</i>				
GESAMT	4.674.000	+285.300	+6,10%	4.959.300
Abschnitt 71 "Grundlagenverbesserung in der Land- u. Forstwirtschaft"	1.920.400	-18.300	-0,95%	1.902.100
Abschnitt 74 "Sonstige Förderung der Land- und Forstwirtschaft"	1.164.400	+30.600	+11,21%	1.195.000
Abschnitt 75 "Förderung der Energiewirtschaft"	273.000	+0	+0,00%	273.000
Abschnitt 77 "Förderung des Fremdenverkehrs"	0	+293.200	+0,00%	293.200
Abschnitt 78 "Förderung von Handel, Gewerbe und Industrie"	1.316.200	-20.200	-1,53%	1.296.000
<i>Gruppe 8: Dienstleistungen</i>				
GESAMT	1.899.600	-16.800	-0,88%	1.882.800
Abschnitt 84 "Liegenschaften, Wohn- und Geschäftsgebäude"	1.491.100	+35.700	+2,39%	1.526.800
Abschnitt 86 "Land- und forstw. Betriebe"	408.500	-52.500	-12,85%	356.000
<i>Gruppe 9: Finanzwirtschaft</i>				
GESAMT	1.308.619.600	-41.455.900	-3,17%	1.267.163.700
Abschnitt 91 "Kapitalvermögen"	28.073.200	-10.133.000	-36,09%	17.940.200
Abschnitt 92 "Öffentliche Abgaben"	878.855.700	+4.132.200	+0,47%	882.987.900
Abschnitt 93 "Umlagen"	36.247.700	-52.000	-0,14%	36.195.700
Abschnitt 94 "Finanzzuweisungen und Zuschüsse"	84.496.700	-36.100	-0,04%	84.460.600
Abschnitt 95 "Nicht aufteilbarer Schuldendienst"	100	+0	+0,00%	100
Abschnitt 96 "Haftungen"	16.637.500	-2.105.400	-12,65%	14.532.100
Abschnitt 98 "Haushaltsausgleich"	264.263.500	-33.261.600	-12,59%	231.001.900
Abschnitt 99 "Abwicklung der Vorjahre"	45.200	+0	+0,00%	45.200
Haushaltssumme gesamt	2.177.368.500	-32.149.800	-1,48%	2.145.218.700

Nachstehend werden die wesentlichsten betraglichen Abweichungen zwischen dem Budgetprogramm 2011 und dem Landesvoranschlag 2011 dargestellt:

**Budgetprogramm 2011 zu Voranschlagsentwurf 2011 nach
finanzwirtschaftlicher Gliederung**

	Budgetprogramm 2011	Differenz	+/- %	LVA 2011
Personal	688.612.300	+9.902.500	+1,44%	698.514.800
Pflicht	1.135.319.600	-33.804.000	-2,98%	1.101.515.600
Zwischensumme	1.823.931.900	-23.901.500	-1,31%	1.800.030.400
Ermessen	357.455.100	-12.266.800	-3,43%	345.188.300
Summe	2.181.387.000	-36.168.300	-1,66%	2.145.218.700

Die Veränderung des Landesvoranschlag 2011 im Vergleich zum Jahr 2011 des „Budgetprogramms 2010-14“ betragen:

- Reduzierung der Nettoneuverschuldung um € 37,3 Mio. auf € 231,0 Mio.
 - Ausgabeneinsparung: € 36,17 Mio.
 - Mehreinnahmen: € 1,1 Mio.

Während die Pflichtausgaben um € 33,8 Mio. und die Ermessensausgaben um € 12,3 Mio. gegenüber dem Budgetprogramm reduziert wurden, erfuhren die gesamten Personalausgaben eine Steigerung in der Höhe von € 9,9 Mio. im Vergleich zum Budgetprogramm 2011.

Die Veränderungen des LVA 2011 zum Budgetprogramm 2011 ergeben sich im Wesentlichen durch 4 Einflussfaktoren:

- Der Erarbeitung von Einsparungen im Rahmen des koalitionären „Budgetkonvents“ in den ersten Monaten von 2010, mit eingeschlossen sind die Personalkosten. Änderungen werden im Detail unten erläutert
- Zusätzlich muss durch die Übernahme der HBInt. durch den Bund Mindereinnahmen bzw. Mehrausgaben und auch Minderausgaben des Landeshaushalts in die Budgetplanung aufgenommen werden.
- Weitere Veränderungen betreffen notwendige Anpassungen durch vereinzelte Maßnahmen, die bei der Erstellung des Budgetprogramms noch nicht bekannt

bzw. umsetzungsreif waren: z.B. Einrichtung der Fachhochschule für MTDs-Hebammen und die Leasingfinanzierung für die Neuanschaffung eines Röntgenwagens zur TBC-Vorsorge

- Und diverse Aktualisierungen, hauptsächlich in der Haushaltsgruppe der Finanzwirtschaft durch Anpassung von z.B. Bedarfzuweisungen, Zinsen für Darlehen und diverse Ausgaben- (z.B. Leasing, Grundbesitz Land, Mieten) und Einnahmenänderungen (Spielbankabgabe, Landesvergnügungssteuer, Nächtigungstaxe) usw.

Die Steigerungen der gesamten Personalausgaben werden zu einem Großteil durch eine Steigerung bei den Personalkosten der Lehrern und Pensionen der Lehrer mit FAG in der Höhe von € 8,4 Mio. erklärt. Für die Personalausgaben und Pensionen der Hoheits- und Wirtschaftsverwaltung inkl. Musikschulen wurden folgende Annahmen getroffen: Nulllohnrunde für 2011, qualitative Erhöhungen von 1%, keine Pensionserhöhung, allerdings Zuwächse an Pensionisten und Einsparungen bei den Reisekosten in der Höhe von € 0,9 Mio. Während der Aktivaufwand im Vergleich zum Budgetprogramm annähernd auf gleichen Niveau geblieben ist (+ € 103.100,-), mussten andererseits die Pensionen der allgemeinen Verwaltung und die der Pensionisten der Landeskrankenanstalten, welche noch direkt über das Land Kärnten ausbezahlt werden, um € 1,8 Mio. erhöht werden. Die Bezüge der Organe der Gebietskörperschaften wurden um ca. € 0,4 Mio. zurückgenommen.

Im koalitionären Budgetkonvent wurde das Ziel vereinbart, bis 2014 das Personal um 10% (in VBÄ) einzusparen. Für den LVA 2011 werden die Ausgaben der Hoheits- und Wirtschaftsverwaltung inkl. Pensionen in der Höhe von € 284 Mio. cirka auf dem prognostizierten Niveau von 2010 stabilisiert. Damit liegen die Ausgaben um € 1,5 Mio. über dem Budgetprogramm 2011.

Die Verbesserung der Pflichtausgaben im LVA 2011 im Vergleich zum Jahr 2011 des „Budgetprogramms 2010-2014“ kann aufgrund folgender Veränderungen bzw. Einsparungen erzielt werden: Die Zinsen für Landesdarlehen sinken aufgrund des gesunkenen Zinsniveaus und der geringeren Schuldaufnahmen 2009 um € 8,2 Mio., ebenfalls auch die Kapitalertragssteuern in der Höhe von € 1,1 Mio. Im LVA 2011 konnten auf Grund der Vorgabe eines Nettogebärungsabganges (NGA) in der KABEG von € 230,0 Mio. (lt. Budgetprogramm wurde von einem Nettogebärungsabgang von € 241,1 Mio. ausgegangen), die Ausgaben um - € 7,38 Mio. abgesenkt werden. Der Beitrag zum Annuitätendienst für die Finanzierung des Krankenanstaltenerwerbes wurde um € 1,04 Mio. reduziert. Die Wohnbauförderungsdarlehen für private Personen wurden um € 5 Mio. reduziert und der Beitrag an Gemeinden für das Kinderbetreuungswesen wurde um € 3,6 Mio. verringert. Durch die Zusammenlegung von drei auf zwei Fonds (siehe unten im Detail) können bei den Beiträgen an den Regionalfonds € 1,7 Mio. eingespart werden, die durch Rückflüsse innerhalb der Fonds ausgeglichen werden. Bei der Hilfe zur Eingliederung Behinderter und bei den Ausgaben für Chronisch Kranke wurden in Summe € 3 Mio. zurückgenommen. Der Ersatz des Zinsaufwandes für den KWF sinkt um € 1,1 Mio. Diesen Verbesserungen stehen geplante Mehraufwendungen in der Jugendwohlfahrt in der Höhe von € 1,8 Mio. und in Folge der Übernahme der Hypo Group Alpe Adria durch den Bund ein Landesbeitrag zum Schuldendienst der KLH für zur Finanzierung des Partizipationskapital aufgenommene Fremdmittel von € 33,4 Mio. für das Jahr 2011 in der Höhe von € 7,06 Mio.

Für die Verbesserung bei den Ermessensausgaben können mehrere Gründe angeführt werden, die größten Reduzierungen werden bei der Förderung des ländlichen Wegenetzes (€ 3,7 Mio.), beim Kinderbetreuungswesen durch die Einstellung des Pilotprojektes Gratiskindergarten für die 3-4-jährigen (€ 3,5 Mio.) und durch die Verschiebung der Auszahlung des Landesbeitrages zum Betriebsaufwand der Fachhochschulen von 2011 auf 2012 von € 1 Mio.. Weitere Einsparungen sind die Reduktion für den SK-Austria Kärnten um € 0,6 Mio, der Carinthischen Musikakademie um € 0,5 Mio., das Aussetzen der Dotierung für die EU-Sonderprogramme in der Höhe von € 0,63 Mio. und bei den Darlehen für Investitionen im Sozialbereich in der Höhe von € 0,9 Mio.. Diesen Verbesserungen stehen geplante Mehrausgaben durch die neue FH für MTDs-Hebammen (€ 3,1 Mio.), eine Verstärkung der Mittel für das EU-kofinanzierte österreichische Programm für die Entwicklung des ländlichen Raumes (€ 4 Mio.) und eine Höherdotierung der „Sonderbedarfszuweisungsmittel“ (€ 2 Mio.) gegenüber.

Das Ausnahmeereignis der Übernahme der HBlnt durch den Bund und das in diesem Zusammenhang abgeschlossene Rettungs- und Sanierungspaket löste in der Folge für den Landeshaushalt Mindereinnahmen bzw. Mehr- und auch Minderausgaben aus. Die im Dezember 2009 abgeschlossenen Verträge zum Rettungspaket der Hypo Alpe Adria Group ergeben

- den Wegfall der Mitfinanzierung des Koralmprojektes durch die Kärntner Landesholding (- €7,78 Mio.)
- den Wegfall von Einnahmen aus der Ergänzungskapitalanleihe (- €3,437 Mio.)
- die Verringerung der Einnahmen aus Haftungsprovisionen in der Höhe von € 2,1 Mio.
- Zusätzlich veranschlagt ist der Schuldendienst für ein von Seiten der Kärntner Landesholding zur Zeichnung von Partizipationskapital aufzubringendes Darlehen in der Höhe von € 33,4 Mio., der durch das Land abzudecken sein wird. Die Laufzeit des Darlehens wird über einen Zeitraum von 5 Jahren gestreckt, was zu einer jährlichen Belastung von €7,06 Mio. führen wird.
- Minderausgaben ergeben sich bei der KEST. mit € 0,86 Mio. durch den Wegfall der Ergänzungskapitalanleihe

Von Seiten der Kärntner Energieholding werden Dividendenbeiträge in der Höhe des Jahres 2009 (€ 8,33 Mio.) erwartet, was eine Mehreinnahme von € 2,13 Mio. bewirken wird.

Zu den in der Tabelle oben dargestellten Abweichungen des LVA 2011 im Vergleich zu 2011 des Budgetprogramms 2010-14 werden hier folgend ergänzende Erläuterungen zu den wesentlichen Änderungen pro Gruppe vorgenommen:

Gruppe 0: Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung

Neben den Anpassungen des Teiles der in der Gruppe 0 ausgewiesenen Personal- und Pensionsausgaben (siehe oben) tragen folgende Einsparungen, als Ergebnis des Budgetkonvents, zur Erklärung der Differenz zwischen LVA und dem Budgetprogramm bei:

- Förderungen der Landtagsparteien – Rückführung des Parteienförderungsgesetzes auf den alten Stand von 2008: - €829.200

- Einsparungen beim Organisationsaufwand des Europahauses Klagenfurt und dem Europabüro; kleinere Positionen beim Verbindungsbüro Brüssel:
- € 29.700
- Dispositionsmittel der Regierungsmitglieder und des Landtagspräsidenten um minus 20%: € 66.100
- Die Amtssachausgaben der Bezirkshauptmannschaften wurden mittels eines %-Schlüssels gekürzt: ca. € 600.000
- Sonstige diverse kleinere Kürzungen (Amtsachausgaben im Amt, Betriebskosten, usw.)

Gruppe 1: Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Die Einsparungen ausgabenseitig in dieser Gruppe erklären sich zu einem Großteil durch eine im Budgetkonvent geplante Vereinbarung mit dem Landesfeuerwehrverband, dass dieser sämtliche Kosten (inkl. Betriebskosten) in der Höhe von € 0,55 Mio. der Landesalarm- und Warnzentrale (LAWZ) übernimmt – die Rechte des Bundes zur Nutzung der LAWZ bleiben davon unangetastet, um auch die Finanzierung des Bundes von € 256.000,-- nicht zu gefährden.

Gruppe 2: Unterricht, Sport und Wissenschaft

Die Gruppe 2 weist geringfügige Mehrausgaben von € 23.000 gegenüber dem Budgetprogramm auf. Innerhalb der Abschnitte sind hier allerdings folgende Bewegungen zu erklären:

- Bei den Personalausgaben für die Lehrer der Allgemeinen Pflichtschulen (APS) ist für das Budget jener Anteil von Bedeutung, der nicht vom Bund refundiert wird. Dieser Anteil ist in den letzten Jahren trotz sinkender SchülerInnenzahlen aufgrund von abweichenden Strukturen und Zusatzangeboten von Kärnten im Vergleich zu jenen, die der Bund seinen Berechnung für die Refundierung zu Grunde legt, stark gestiegen und wurde im Budgetprogramm zuletzt mit € 28,8 Mio. angenommen. Dieser „Überhang“ wurde nun um € 3,3 Mio. geringer auf € 25,5 Mio. als Zielvorgabe festgesetzt. Um dies zu realisieren und den Betrag zu stabilisieren bzw. zu reduzieren wird es zusätzlicher Maßnahmen im Bildungsbereich bedürfen. Die Anhebung der Klassenschülerhöchstzahlen wurde eingeleitet und die Neudefinition der Schulsprengel und dienstrechtliche Anweisungen (im Erlasswege) werden evaluiert.
- Die Pensionen für APS-Lehrer richten sich nach den Anpassungen des Bundes und werden von dieser Seite refundiert.
- Die Anzahl der Lehrlinge im Landesdienst und damit die Entgelte für Landeslehrlinge werden zurückgenommen
- Das Kinderbetreuungswesen erfolgt eine generelle Neustrukturierung und wird um € 7,2 Mio. auf € 24,8 Mio. zurückgenommen. Das ist damit begründet, dass das Pilotprojekt Gratiskindergarten für die 3-4-jährigen, welches aus Landes- und Zukunftsfondsmittel finanziert wurde, ab Herbst 2010 nicht mehr weitergeführt wird. Der Gruppenförderungstarif an Kinderbetreuungseinrichtung wird angepasst und an den Öffnungszeiten ausgerichtet. Bei den Hortförderungen wird ein neues Fördermodell ausgearbeitet und der Ausgabenansatz für Tagesmütter wird eingefroren.
- Bei den Fachhochschulen wird liquiditätsbedingt der Landesbeitrag zum Betriebsaufwand von € 8,4 Mio. um € 1 Mio. zurückgenommen und gelangt dieser

Betrag erst 2012 zur Auszahlung. Die Fachhochschullehrgänge für MTDs-Hebammen wird neu eingerichtet und mit einem Aufwand von € 3,1 Mio. eingestellt. Diesen Mehrausgaben stehen aber Mehreinnahmen und Minderausgaben in der Gruppe 5 beim ABZ Klagenfurt gegenüber, so dass ein kostenwirksames Saldo von €534.000,- zum Tragen kommt

- Für das Landwirtschaftliche Museum werden eine alternative Betreuungsform und eventuell auch ein neuer Standort angedacht. Die finanzielle Unterstützung von Landesseite wird vollständig eingestellt, was einer Reduktion um € 234.000,- gegenüber dem Budgetprogramm bedeutet. Korrelierende Einnahmen wurden ebenfalls auf null gesetzt
- Einnahmenseitig wurde der Kostenersatz des Bundes gem. FAG für Lehrer an Allgemeinbildenden Pflichtschulen um € 6,9 Mio. erhöht, während die Refundierung der Pensionen um € 237.000,- geringer ausfallen, für Berufsschulen um € 0,8 Mio. und für Lehrer an landwirtschaftlichen Fachschulen um € 0,2 Mio. erhöht
- Die Einnahmen aus Internatsgebühren für landwirtschaftliche Fachschulen sinken um € 124.000,-.
- Die Bezugsersatzungen durch das Kärntner Landesarchiv und durch das Landesmuseum Kärnten fallen durch Pensionsantritte von Landesbediensteten um € 152.000,- geringer aus.

Gruppe 3: Kunst, Kultur und Kultus

Die Ausgabenreduktion um € 0,84 Mio. in der Gruppe 3 im Vergleich zum Budgetprogramm werden erklärt durch

- Eine Zurücknahme der Förderungskosten der Carinthischen Musikakademie um € 500.000,-
- Weitere Änderungen betreffen Miet- und Betriebskosten des Hauses der Volkskultur, was auf eine Neuordnung zurückzuführen ist.

Einnahmenseitig ist der Wegfall des Sponsorings für Musikschulen in der Höhe von € 0,1 Mio. und eine Einnahmenreduktion von € 47.000,- zu verbuchen.

Gruppe 4: Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung

Die Einsparungen in der Gruppe 4 begründen sich hauptsächlich durch

- das Einfrieren des Sozialbudgets auf Basis 2010, was einer Einsparung zum Programm um € 5,7 Mio. gleichkommt. Zwischen den einzelnen Positionen wurden allerdings neue Gewichtungen vorgenommen. Einnahmenseitig ist neben der Berücksichtigung der durch verminderten Ausgaben vorzunehmenden Kürzung der Mitfinanzierungsanteile auch eine Verminderung der Gemeindegeldquote um 2% einzustellen, die aber teilweise durch Mehreinnahmen im Pflegebereich durch Drittverpflichtete und dem Direktanteil der Gemeinden ausgeglichen wird. Detaillierte Erläuterungen sind unter dem Sozialbereich zu finden.
- Bei der Wohnbauförderung wurde eine Reduktion der Darlehensmittel für Eigenheime um € 5 Mio. vorgenommen.

Gruppe 5: Gesundheit

Im Gesundheitsbereich sind die folgenden Veränderungen maßgeblich für die Einsparung von € 9,1 Mio. gegenüber dem Budgetprogramm verantwortlich:

- Im Gesundheitsdienst wird im Leasingwege ein Röntgenwagen neu angeschafft. Die jährliche Leasingrate wird mit € 130.000,- veranschlagt
- Durch Revidierung der Einnamenschätzung aus der Naturschutzabgabe (Schätzung € 1,3 statt € 1,5 Mio.) wurden die korrespondierenden Ausgabenersätze gekürzt und bei den Aufwendungen für den Naturschutz (€ 0,32 Mio.) und bei den Beiträgen an den Fonds für den Nationalpark Hohe Tauern (€ 0,19 Mio.) berücksichtigt. Bei den Förderungsbeiträgen für das Abfallwirtschaftskonzept wurden Minderausgaben von € 0,14 Mio., bei der Schutzgebietsverwaltung von € 0,14 Mio. bei den Beträgen zum Biosphärenpark-Nockberge € 77.000,- geringer angenommen. Sonstige Einsparungen ergeben € 0,1 Mio..
- Bei der Einrichtung der Krankentransporte wurde der Finanzierungsbeitrag des Notarztwagens um € 0,26 Mio. bzw. der Hubschrauberrettungsdienst um € 28.000,- zurückgenommen
- Die Ausgaben für die Ausbildung im Gesundheitsdienst wurden um € 0,9 Mio. zurückgenommen
- Im LVA 2011 wurden im Landeshaushalt jene Positionen angepasst, um einen Nettogebärungsabgang (NGA) der KABEG von € 230,0 Mio. zu finanzieren (lt. Budgetprogramm wurde von einem Nettogebärungsabgang von € 241,1 Mio. ausgegangen). Dies ergibt eine Einsparung für das Land von € 7,38 Mio. in 2011.
- Durch die Senkung der Gemeinde-Kopfquote sinken die Einnahmen um € 167.000,- für „Einrichtung für Krankentransportquote“ und dem „Rettungsdienstförderungsgesetz“
- Für die neu einzurichtende Fachhochschule für MTDs-Hebammen sind durch Bezugsrückerstattungen, Rückersätze von Betriebskosten und Miet- und Pachtzinsen in der Haushaltsgruppe 5 Mehreinnahmen in der Höhe von € 1,43 Mio. angesetzt.

Gruppe 6: Straßen- und Wasserbau, Verkehr

Die Ausgaben der Gruppe 6 werden um € 3 Mio. auf € 141,7 Mio. reduziert.

- Bei der Erhaltung von Autobahnen bzw. und der Erneuerung von Landesstraßen werden im LVA 2011 im Vergleich zum Budgetprogramm € 544.000,- bei den Personalkosten reduziert, denen auch geringere Einnahmen gegenüberstehen.
- Bei der Finanzierung des Regionalfonds können die durch das Land aufzubringenden Finanzierungskosten um € 1,734 Mio. (50 % der Kosten) gegenüber dem Budgetprogramm zurückgenommen werden. Der Restbetrag wird direkt aus Fondsmittel abgedeckt.
- Von weiterer Relevanz sind Einsparungen im Personennahverkehr in der Höhe von € 0,5 Mio. und bei den Lärmschutzmaßnahmen von € 175.000,-.
- Die Bezugserstattung und Pensionskostenersätze von der ASFINAG wurden um € 169.000,- reduziert
- Die Einnahmen aus Geldstrafen nach der Straßenverkehrsordnung wurden um € 200.000 höher angenommen.
- Die Beitragsleistungen von Gemeinden zum Personennahverkehr wurden um € 100.000,- erhöht
- Die Einnahmen aus dem Führerscheingesetz wurden um € 85.500,- erhöht

Gruppe 7: Wirtschaftsförderung

Die Gruppe 7 der Wirtschaftsförderungen ist gewichtig geprägt durch die Einsparungen

- bei der Grundlagenverbesserung der Landwirtschaft durch Reduzierung der Ausgaben beim „Ländlichen Wegenetz“ um € 3,4 Mio., der landwirtschaftlichen Regionalförderung um € 0,75 Mio. und den Beihilfen für Investitionen der nationalen Forstförderung um € 0,1 Mio.
- Der Landes- und Investitionsbeitrag an die Landwirtschaftskammer Kärnten wurden € 0,5 Mio. reduziert
- Die landwirtschaftliche Image- und Beratungskampagne wurde um € 0,6 Mio. gekürzt
- Eine Vereinbarung mit der Kärntner Jägerschaft über den Verzicht auf 10% der Einnahmen nach dem Jagdabgabengesetz - K-JAG ist geplant, was zu einer Verbesserung um € 0,15 Mio. führt.
- Bei der Entwicklung des „Ländlichen Raumes“ werden zur Ausschöpfung der EU- und Bundesmittel Mehrausgaben von € 3,94 Mio. eingestellt.
- Die Energieförderungen des Landes inkl. der Darlehen für Fernwärme werden um € 1,2 Mio. auf € 7,2 Mio. reduziert.
- Durch einen geänderten Ausweis von ausgegliederten ehemaligen Landesgesellschaften nun in der Gruppe 7, die bisher in der finanzwirtschaftlichen Gruppe 9 ausgewiesen wurden, wird so in der Gruppe 7 eine negative Abweichung von € 13,7 Mio. erklärt.
- Die Reduktion der Fördermittel für die Kärnten Skikartenaktion ergibt eine Ausgabenminderung von € 111.000,--
- Die Mehrausgaben in der Höhe von € 240.000,-- im Bereich des gewerblichen Rechtsschutzes haben ihren Ursprung in der Überlegung, im Zusammenhang mit dem gewerblichen Rechtsschutz auch den Konsumentenschutz zukünftig vom Land wahrzunehmen. Im Gegenzug dazu werden die Förderungsbeiträge des Landes für die „Kleinstgewerbeaktion“ um € 350.000,-- zurückgenommen.
- Der Anteil des Kostenbeitrages für die Wörtherseebühne muss um € 274.000,-- wegen Wegfall der Mitfinanzierungsverpflichtung der Landeshauptstadt Klagenfurt a. WS angehoben werden.
- Der Ersatz des Zinsaufwandes für den Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds wird im Hinblick auf die erwartete Zinsentwicklung um € 1,1 Mio. gegenüber dem Budgetprogramm reduziert

Gruppe 8: Dienstleistungen

In der Gruppe 8 – Dienstleistungen, werden geringer Ausgaben in der Höhe von € 1,3 Mio. erreicht. Dies wird zum Großteil erklärt durch

- Durch eine wegen günstigeren Finanzierungskosten sich ergebende Einsparung von € 1,04 Mio. beim Beitrag zum Annuitätendienst für die Finanzierung des Krankenanstaltenerwerbes
- Weitere Einsparungen sind bei den Landesschulgütern in der Höhe von € 129.000,-- und
- beim landeseigenen Grundbesitz in der Höhe von € 167.000,-- zu finden.

Gruppe 9: Finanzwirtschaft

In der Gruppe Finanzwirtschaft sind 3 Schwerpunkte verantwortlich für den Großteil der Änderungen für den LVA 2011 im Vergleich zum Budgetprogramm:

- dies sind erstens die bereits oben angeführten Auswirkungen durch das im Zusammenhang mit dem anlässlich der Übernahme der HBInt. durch den Bund ausgehandelte Sanierungspaket sowie
- die Umgruppierung durch den geänderten Ausweis von ausgegliederten ehemaligen Landesgesellschaften nun in der finanzwirtschaftlichen Gruppe 7, die bisher in der Gruppe 9 ausgewiesen wurden. So erklärt sich in der Gruppe 9 eine positive Abweichung von € 13,7 Mio.
- und drittens wurden hier im Vergleich zum Budgetprogramm diverse Änderungen vorgenommen wie:
 1. Mehrausgaben bei den
 - Zuschüssen an Gemeinden zu Infrastrukturmaßnahmen (= Sonderbedarfszuweisungen) in der Höhe von € 2 Mio. und
 - Bedarfszuweisungen an Gemeinden Differenz von € 170.800,- eingestellt.
 - Durch geringere Zinsen für Darlehen können die Positionen um € 8,84 Mio. zurückgenommen werden.
 - Die Bürgschaften des Landes und Verstärkungsmittel wurden um € 76.000,- reduziert.
 - Der Gesellschafterzuschuss für die Petzen Bergbahnen GmbH. wird um € 412.000,- und für das Unternehmenszentrum Klagenfurt um € 94.000,- erhöht
 2. Einnahmenseitig verändern sich
 - die Bundes- und Landesverwaltungsabgaben um +€ 200.000,-,
 - die Nächtigungstaxe +€ 635.000,-,
 - die Landesvergnügungssteuer -€ 750.000,-,
 - die Naturschutzabgabe -€ 200.000,-,
 - die Spielbankabgabe -€ 308.000,-,
 - Durch die letzte Prognose der Ertragsanteile durch das Bundesministerium für Finanzen können Mehreinnahmen in der Höhe von € 4,45 Mio. dotiert werden
 - Bei Bedarfszuweisungen der direkten und indirekten gemeinschaftlichen Bundesabgaben sind Mehreinnahmen in der Höhe von € 394.000,- zu erwarten, die durch eine Verminderung der Einnahmen aus Zinsen aus deren Veranlagung von € 427.000,- mehr als aufgebraucht werden.

Die Veränderung des Landesvoranschlag 2011 im Vergleich zum Jahr 2011 des „Budgetprogramms 2010-14“ bringt eine Reduzierung der Nettoneuverschuldung um € 37,3 Mio. auf nun € 231,0 Mio.